Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter“
jeden Werktag nachmittag.

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 194 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.- Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 4.50 Mk. Durch Postbezug in Vierteljahr 13.50; monatlich 4.50 Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Donnerstag, den 19. August 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspalt. Anzeigenteil 60 Pf.; Reklame im Textteil 2.50 Mk. f. d. Millimeter-Höhe. Kollektivanzeigen 50% Aufschlag. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang

Die blutigen Tage in Oberschlesien.

Beuthen, 18. Aug. Nach einer Meldung der „Ostdeutschen Morgenpost“ aus Kattowitz ist die ungeheure Spannung des heutigen Tages abermals zur Entladung gekommen. Gegen 6 Uhr abends hatte sich vor dem Hotel „Deutsches Haus“, dem Sitz des polnischen Plebiszitkommissariats, eine ungeheure Menschenmenge angesammelt, die dort ein großes Waffenlager vermutete und dessen Auslieferung forderte. Als ein Lastautomobil mit Sicherheitspolizei erschien, das die Menge zerstreuen wollte, wurde plötzlich aus dem Hause das Feuer eröffnet. Gegen 8 Uhr brach in den unteren Räumen Feuer aus. Von den Besatzungstruppen wurde nicht zur Wiederherstellung der Ordnung eingeschritten. Gegen 9 Uhr ergab sich die Besatzung. Die Stadt ist sonst ruhig. Die Besatzungstruppen werden in den Kasernen gehalten. Seit 9 Uhr abends ist die Verbindung mit Kattowitz unterbrochen.

Verschärfter Belagerungszustand über Kattowitz

WTB. Kattowitz, 18. Aug. (Drahtnachricht.) Die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission in Oppeln hat den verschärften Belagerungszustand über die Stadt Kattowitz verhängt.

Eine amtliche Darstellung der Vorgänge.

WTB. **Kattowitz**, 18. August. (Drahtnachricht.) Die von der Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission in Oppeln über die gestrigen Vorgänge gegebene Darstellung besagt u. a.: Den Anlaß zu dem Vorgehen der Kavallerie bot die Verwundung zweier Jäger durch die Menge. Der Sicherheitspolizei war es gelungen, die beiden Jäger zurück zu bringen, von denen der eine einen Kopfschuß aufweist. Rittmeister le Allane, der ebenfalls den bedrängten Jägern zu Hilfe kommen wollte, wäre um ein Haar von der wütenden Menge gelyncht worden. Inzwischen drängten die Massen die Soldaten und die Sicherheitswehr immer mehr an das Haus der Interalliierten Kommission. Plötzlich fiel aus einem Hause gegenüber ein Schuß. Kurz darauf wurde eine Handgranate aus derselben Richtung geworfen. Daraufhin feuerte der Posten vor dem interalliierten Gebäude aus eigener Initiative einige Schüsse ab. Es entstand zwar eine kleine Panik, doch kehrte die Menge bald wieder vor das Haus der Kommission zurück. Der Sanitätsrat Dr. Milecki, der in Gegenwart des Majors Hichtberg drei Verwundete verband, wurde von der fanatisierten Menge angefallen und erschlagen. In später Nachtstunde staute sich eine riesige Menschenmenge erneut vor dem Hause der Kommission. Im Laufe der Nacht wurde wiederholt aus den gegenüberliegenden Häusern auf das Gebäude geschossen. Auch Sprengstoffe wurden benutzt, die aber wirkungslos explodierten. Inzwischen kam die Nachricht, daß der Posten am Bahnhof (26 Mann) angegriffen wurde und bereits einen Toten und einen Verwundeten habe. Daraufhin ging eine Kompagnie zur Hilfeleistung nach dem Bahnhof ab. Sie wurde aber auf dem Wege dorthin von einem wahren Trommelfeuer von Handgranaten und Gewehrschüssen überschüttet. Erst mit Morgengrauen nahm die Schießerei ihr Ende. Auf seiten der alliierten Truppen sind als Verluste zu verzeichnen drei Tote und ein schwerverletzter Soldat, sowie sechs leichter Verletzte.

*

Zu den Unruhen in Kattowitz wird in der „Rundschau“ gesagt, daß es jetzt dazu gekommen ist, mag gewiß bei unserer ohnehin schwierigen Lage, die neue Konflikte von außenpolitischer Tragweite kaum noch trägt, zu beklagen sein, aber andererseits zeigen diese Ausbrüche nationaler Leidenschaft von der Stärke eines gesunden Willens, die Gewähr dafür gibt, daß Oberschlesien bei der Abstimmung Deutschland nicht abtrünnig werden wird.

Französische Gewaltpolitik.

Die kriegerischen Ereignisse im Osten und und dann die gespannten Beziehungen zwischen England und Frankreich wegen der Wrangel-Affäre, die in den letzten Wochen und Tagen das Hauptinteresse der öffentlichen Meinung beanspruchten, haben die Vorgänge im Saargebiet, die sich nachgerade als die tragische Geschichte eines ganzen Volkes, nämlich der Saarländer, herausstellen, nicht mit der ihnen zukommenden Aufmerksamkeit verfolgen lassen. Und doch stehen gerade die Ereignisse im Osten in ganz enger Verbindung mit den Vorgängen an unserer deutschen Westgrenze. Frankreich, welches im Osten von jeher eine sehr fragwürdige Politik betrieben hat, hat bei seinen Unternehmungen in Rußland während der letzten zwei Jahre dauernd Mißerfolge zu verzeichnen gehabt. Sein letztes Fiasko im Osten erlebte es jetzt mit der Anerkennung der Wrangel-Regierung. Die Vorgänge im Saargebiet stehen nun mit den östlichen Ereignissen insofern im Zusammenhang, als das brutale Vorgehen der Franzosen im Saargebiet gleichsam als eine politische Fernwirkung der französischen Ostpolitik zu verstehen ist.

Seitdem die Völkerbundsregierungskommission das Saarland in eigene Verwaltung genommen hat, sind die Saarländer dauernd französischer Willkür und Bedrückung ausgesetzt gewesen.

Laut Friedensvertrag steht das Saargebiet den Franzosen 15 Jahre lang zum Zwecke der Ausbeutung der saarländischen Kohlenminen zur Verfügung. Während dieser Zeit steht das Saarland offiziell unter dem Protektorat des Völkerbundes, tatsächlich liegt die Verwaltung aber in den Händen eines durchaus willkürlichen Regimes. Nach 15 Jahren soll eine Volksabstimmung die Staatszugehörigkeit der Saarländer zu Frankreich oder Deutschland entscheiden. Obwohl nun bis dahin, wie eben gesagt, noch 15 Jahre vergehen werden, unterläßt doch die Regierungskommission (lies französische Oberherrschaft) nichts, um das Saarland für den Fall eines Unterganges sozusagen „reif“ zu machen. Französischerseits hat eine mit kolossalen Mitteln betriebene Propaganda eingesetzt, zu dem Zwecke, das kerndeutsche Saarland durch und durch zu französieren. Eine der willkürlichsten Akte, die mit den Französierungsbestimmungen im Saarlande im Einklang zu bringe sind, ist die französischerseits betriebene Einbringung des berüchtigten Beamtenstatuts, dessen große Härten zum Streik der Saarbeamten führten. Dieses Beamtenstatut gibt nämlich der Saarregierung Gelegenheit, ihr mißliebige Beamte zu entfernen. Den Ausländern wird durch das Statut zu allen saarländischen Verwaltungsstellen Zugang verschafft. Der wesentlichste und zugleich unhaltbarste Bestandteil des Statuts ist aber die Beschneidung des Koalitionsrechts und die Behinderung der Beamten, mit den großen Organisationen und Gewerkschaften der rechtsrheinisch gelegenen Gebiete in Verbindung zu treten. Daß die Saarbeamten sich ein derartiges Statut, welches überdies den Beamten im Friedensvertrage versprochenen Rechten zuwiderläuft, sich nicht ohne weiteres aufdringen lassen würden, war nur zu natürlich. Immerhin versuchten die Beamten, auf dem Verhandlungswege eine Abänderung des Statuts zu erreichen. Erst als alle Wege der Verständigung zu keinem Ziele führten, sahen sich die Beamten genötigt, den Streik zur Durchführung ihrer Forderungen in Anspruch zu nehmen. Das aber war der Regierungskommission gerade recht, denn jetzt wurde ihr Gelegenheit gegeben, eine militärische Intervention einsetzen zu lassen und so die Französierung des Saarlandes noch energischer zu betreiben. Und die französische Militärverwaltung schenkte den Bestrebungen der Regierungskommission willig Gehör. Der Streik der Saarbeamten und eines Teiles der saarländischen Arbeiterschaft beantworteten sie ihrerseits mit der Verhängung des Ausnahmezustandes und der Einsetzung von Kriegs- und Standgerichten. Die meisten saarländischen Zeitungen wurden verboten und es wurde sogar der Versuch gemacht, die streikende Beamtenschaft mit Hilfe farbiger Truppen zur Dienstleistung zu zwingen. Das Schreckensregiment der Franzosen verstärkte sich noch, als die Franzosen durch einige dem Heimatdienst belastende Dokumente den Beweis dafür gefunden zu haben glaubten, daß eine alldeutsche Wühlarbeit gegen die französische Herrschaft im Saargebiet am Werke gewesen ist. Tatsächlich hat der Streik der Saarbeamtenschaft mit irgend welchen alldeutschen Bestrebungen überhaupt nichts gemein gehabt. Leider haben die Veröffentlichungen der fraglichen Dokumente dazu beigetragen, die Arbeiterschaft des Saargebietes zu beunruhigen, und sie von einem Generalstreik als Sympathiestreik für die Beamtenschaft immer wieder abzuhalten, trotzdem die Beamten wiederholt öffentlich erklären ließen, daß sie mit den Bestrebungen des Heimatdienstes nichts zu tun hätten. Und tatsächlich erfolgte ja auch der Streik der Saarbeamten aus Gründen der Behinderung ihrer politischen und gewerkschaftlichen Koalitionsfreiheit.

Frankreich weist Engländer aus.

Ausweisung der englischen Arbeiterdelegierten aus Paris!

Die Delegierten der englischen Arbeiterpartei, Adamson und Goflin, die an den Verhandlungen der französischen Sozialisten teilnehmen sollten, sind von der französischen Regierung ausgewiesen worden und haben Paris am Dienstag spät abends verlassen. Am Nachmittag hat die sozialistische Kammerfraktion im Ministerium des Innern und im Ministerium des Aeußern vergeblich versucht, eine Verlängerung ihrer Aufenthaltsbewilligung zu erlangen.

Herr Millerand scheint von allen guten Geistern verlassen zu sein. Die Ausweisung der britischen Abordnung wird die stärkste Empörung nicht allein in der französischen, sondern auch, und was noch viel wichtiger ist, in der englischen Arbeiterklasse hervorrufen. Schrieb schon nach der Anerkennung Wrangels durch Millerand der „Daily Herald“, das sozialistische Organ Londons, Frankreich sei jetzt der „tolle Hund Europas“ geworden. Und wie erregt die Stimmung der englischen Arbeiterschaft gegenüber dem reaktionären Frankreich ist, geht aus den Reden hervor, die auf der außerordentlichen Tagung der „Labour Party“ in London am vorigen Freitag von den Abgeordneten Adamson und Bevin, von dem Führer der Eisenbahner Thomas und dem Führer der Bergarbeiter Smillie gehalten wurden.

Bevin sagte:

„Das französische Auswärtige Amt scheint entschlossen, den Krieg mit Rußland in dieser oder in jener Form und um jeden Preis führen zu wollen. Wir erkennen den Anteil unseres großen Bundesgenossen im Weltkrieg an, aber wir erklären, daß er nicht länger unser Meister in unserer auswärtigen Politik sein wird.“

Thomas sprach:

„Wenn Frankreich den Krieg mit Rußland wünscht, so ist es seine Sache, wie es auch die Sache und die Pflicht des französischen Volkes ist, jede Aktion zu unternehmen, die es für nötig erachtet. Wir jedenfalls sind nur zu lange im Schlepptau Frankreichs gewesen.“

Schließlich sprach Smillie die folgenden weittragenden Drohungen aus:

„Wenn es Frankreich und Wrangel gelingen sollte, Rußlands Kohlenzufuhr abzuschneiden (durch die Besetzung des Donnetz-Reviers. Die Red.), würde es unsererseits zu weit gehen, Frankreichs Kohlenzufuhr zu unterbinden? Würde es Frankreich als einen unfreundlichen Akt betrachten können, wenn die englischen Bergarbeiter daraufhin sich weigern würden, Kohle für Frankreich zu fördern, oder wenn die englischen Eisenbahner es ablehnen würden, Kohle nach Frankreich zu befördern? Ob dies geschehe oder nicht, dies ist jedenfalls diejenige Aktion, die ich zu empfehlen geneigt bin.“

Diese Ausführungen sind bezeichnend für die erregte Stimmung, in der sich die gesamte englische Arbeiterschaft gegenüber Frankreichs Ostpolitik befand, als Adamson, der Vorsitzende der Arbeiterfraktion im Unterhaus, und Goflin als Mitglieder des am Freitag gebildeten Aktionsausschusses der Arbeiterpartei nach Paris geschickt wurden, um mit der französischen C. G. T. (Gewerkschaftsbund) und der französischen sozialistischen Partei über gemeinsame Maßnahmen zur Verhinderung eines neuen Krieges zu beraten.

Indem Millerand den Befehl zur Ausweisung erließ, gab er, wie bisher in den meisten Fällen, dem erpresserischen Kesseltreiben der äußersten Reaktion, nämlich der „Action française“ und des „Figaro“, nach. Diese Schwäche könnte sich jedoch bitter rächen, denn auch Lloyd George wird es sehr peinlich empfinden, daß ihm Millerand Lehren darüber geben wolle, wie man die Arbeiterschaft behandeln müsse. Gerade in der Frage des polnisch-russischen Krieges hat der englische Premierminister stets Rücksicht auf die englische Arbeiterschaft genommen und deren Delegationen nicht nur immer empfangen, sondern zumeist nach deren Wünschen gehandelt.

Die französischen Sozialisten rühren sich.

Paris, 18. Aug. Zu der Forderung der sozialistischen Kammerfraktion, die Kammer sofort einzuberufen, wird berichtet, daß die Fraktion einstimmig beschlossen habe, sofort eine Interpellation über die Ausweisung der englischen Delegierten einzubringen, sowie eine Interpellation über die ungesetzliche Haltung der Regierung gegenüber der russischen Revolution. Im Verfolg dieser Interpellationen wird die sozialistische Kammerfraktion verlangen, daß die Ministerien Clemenceau und Millerand in Anklagezustand versetzt werden.

Die Kampfhandlungen im polnischen Korridor.

Berlin, 19. Aug. Ueber den Vormarsch auf Graudenz und den Beginn des Kampfes gegen Graudenz wird der „Voss. Ztg.“ aus Deutsch-Eylau geschrieben: Der polnische Korridor von Strasburg bis Deutsch-Eylau ist von polnischen Truppen frei. Auf dem linken Flügel rückt eine starke Kavalleriemasse gegen Thorn vor, und es läßt sich erwarten, daß vielleicht noch bedeutend südlicher ein Uebergang über die Weichsel versucht wird. Der rechte Flügel kämpft augenblicklich vor dem Eisenbahnknotenpunkt Goßlerhausen. Der Nordteil von Bischofswerder ist noch von starken polnischen Truppen besetzt.

Noch keine Nachricht aus Minsk.

London, 18. Aug. Ueber die russisch-polnischen Verhandlungen ist noch kein Bericht eingelaufen. Nach einem Warschauer Telegramm war die polnische Regierung gestern abend ohne Verbindung mit ihren Delegierten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200819-11/fragment/page=0001

Der Streik im Saargebiet ist für die Beamtenschaft leider ohne wirklichen Erfolg gewesen. Das neue Beamtenstatut, dessen grundlegende Aenderung verlangt wurde, soll allerdings eine Aenderung insofern erfahren, haben, als manche Härten gemildert werden sollen. Durch die Ablehnung des Streikrechts der Beamten hat die Regierungskommission ihren Standpunkt durchzusetzen gewußt. Auf dem Verhandlungswege, bei dem auch die Gewerkschaften als neutraler Faktor mitberaten werden, wird die Saarbeamtenschaft nochmals versuchen, eine Erfüllung ihrer durchaus gerechten Forderungen zu erreichen. Es wird sich nun zeigen, ob die Regierungskommission weiter in willkürlicher Ablehnung der Forderung verharren wird, oder ob sie die Angelegenheit im Sinne der Völkerbundsakte loyal zu erledigen denkt.

•

Erneute Zuspitzung der Lage im Saargebiet.

Frankfurt a. M., (P. P. N.) Die Lage im Saargebiet ist erneut in ein kritisches Stadium getreten, doch erfährt man über die Gründe der verschärften Lage nichts. Man weiß nur, daß heute vormittag die Verhandlungen zwischen Beamten- und Arbeitervertretern einerseits und der Regierungskommission andererseits über das Beamtenstatut beginnen sollten. Ueber deren Verlauf ist jedoch noch nichts bekannt geworden. Es wird vermutet, daß die Regierungskommission eine Aenderung des Beamtenstatuts in dem zugesagten Sinne jetzt nicht mehr anerkennt. Aus diesem Grunde sollen sich Zwistigkeiten in den Verhandlungen ergeben haben. Bekanntlich wurde der 24stündige Generalstreik nur unter der Bedingung abgebrochen, daß die Regierungskommission sich bei den Verhandlungen über das Beamtenstatut einer durchaus loyalen Auslegung unterwerfen würde. Falls diese Verhandlungen nicht zu dem erhofften Ergebnis führen würden, ist erneut mit dem Ausbruch des Generalstreiks im Saargebiet zu rechnen. In den Kreisen der Bevölkerung sieht man den kommenden Tagen mit Bangen entgegen, umsomehr, als die verflossenen Streiktage der Bevölkerung viel Not und Leid gebracht haben.

Reichsminister Koch gegen Hörsing.

Manöver zur Beseitigung Hörsings.

Die Magdeburger Enthüllungen über den Spitzelsumpf haben nach dem ersten Augenblick der Bestürzung und der Verlegenheit im Lager der Gegenrevolution eine großzügige Gegenaktion hervorgerufen, während vorläufig das Hauptziel die Beseitigung Hörsings als Oberpräsident der Provinz Sachsen ist.

Die Spitzelzentrale Orgesch, Reichswehr und sogar, wie es sich jetzt herausstellt, Reichsministerium des Innern, alles steht hier miteinander in wechselseitigen Beziehungen, alles arbeitet sich gegenseitig in die Hände. Es wird öffentlich in der reaktionären Presse gegen Hörsing Sturm gelaufen und vor allem unterirdisch in den Berliner Zentralstellen gegen ihn gehetzt. Mit welchen Mitteln mag man aus Nachstehendem ersehen:

Das Reichsministerium des Innern hat an die „Magdeburger Zeitung", also gerade an jenes Blatt, das in der Spitzelgeschichte am meisten kompromittiert ist und daher an der Beseitigung Hörsings das meiste Interesse hat, ein Schreiben gerichtet, in dem versucht wird, Hörsing und das Magdeburger Oberpräsidium zu diskreditieren.

Hörsing wird nicht etwa wegen der von seiner Behörde durchgeführten Aufdeckung angegriffen, sondern wegen einer ganz anderen Sache, nämlich wegen der seinerzeitigen Verhängung des Belagerungszustandes über den Kreis Schleusingen. Aus eigenem Antriebe springt also das Reichsministerium des Innern der schwärzesten reaktionären Presse bei, um sie in ihrem Treiben gegen Hörsing zu unterstützen.

Wenn es sich nur um ein eigenmächtiges Vorgehen eines als erzreaktionär berüchtigten Beamten des Reichsministeriums des Innern, z. B. des sattsam bekannten Staatssekretärs Lewald oder des Ministerialdirektors von Jakobi (des früheren konservativen Abgeordneten) handeln würde, brauchte man sich nicht darüber zu wundern. Aber das Erstaunliche ist, daß diese reaktionären Manöver von keinem anderen ausgehen als von dem demokratischen Reichsminister des Innern, Koch, der in einem dienstlichen Schreiben an Hörsing ihm mitgeteilt hat, er fühle sich jetzt veranlaßt, das ganze Aktenmaterial über Schleusingen der „Magdeburger Zeitung" zu übersenden. Uebrigens ist auch diese Darstellung des Reichsministers des Innern, wie aus einer Gegenerklärung Hörsings hervorgeht, absolut unrichtig. Sie stützt sich darauf, daß ein vom Oberpräsidium Magdeburg an das Reichsministerium des Innern seinerzeit gesandter Bericht des Landrates von Schleusingen, auf den es hauptsächlich ankommt, angeblich nicht eingetroffen sei. Tatsächlich ist dieses Schreiben nachweislich an das Ministerium gegangen und das Reichsministerium des Innern hat drei Monate gebraucht, um diese Ausrede auszusinnen.

Orgesch — Orgesch und kein Ende.

„Orgesch" und Reichswehr.

Nachstehend geben wir folgende „Vorwärts"meldungen wieder:

Magdeburg, 17. August. Unter den bei den verschiedenen Haussuchungen beschlagnahmten Dokumenten befindet sich u. a. ein Schriftstück von jenem Major Eckhardt, der anfänglich geleugnet hatte, den Spitzelleutnant Geger zu kennen, und der von der Unwahrheit dieser Behauptung inzwischen überführt worden ist. Es handelt sich um einen Brief dieses Majors an das 1. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 31 in Torgau, in dem die Wiedereinstellung der Zeitfreiwilligen und deren Anschluß an die Reichswehr befürwortet wird. (Dies natürlich lange nach dem offiziellen Auflösungsbefehl der Zeitfreiwilligen.)

Des weiteren ist ein Schreiben des „Landbundes" der Provinz Sachsen an den Leutnant Geger gefunden worden, und zwar eine Einladung zu einer am Dienstag, den 11. Mai, im Bureau des Landbundes stattfindenden Sitzung mit dem Zweck der Organisation eines Landschutzes.

Es sind ferner detaillierte Kostenvoranschläge des Landbunds entdeckt worden, in denen nicht etwa allein die Löhnung usw. der Mitglieder der Orgesch, sondern sogar die Summen für Unterstützung der im Kampf verletzten Mitglieder und deren Angehörige angegeben worden.

Langensalza, 17. August. Ein hiesiger Ingenieur, namens Rudolf Wenk, hat trotz des erlassenen Verbotes der Orgesch und der Einwohnerwehren in den Orten des hiesigen Kreises Thamsbrücken, Merrleben, Rosen, Altengottern, Groß-Welsbach und Kirchhainigen die Einwohnerwehren neu aufgestellt und mit Waffen beliefert. Wenk hat für den Kreis Langensalza eine eigene Selbstschutzorganisation eingerichtet. Sowohl die Bauernschaften des Kreises wie der Landrat und der Kreisrat erklären, daß sie an dieser widerrechtlichen Angelegenheit nicht beteiligt sind.

Von der Reichswehr dagegen ist festgestellt worden, daß sie auf Wagen der Sicherheitspolizei die für die Bewaffnung dieser verbotenen Formationen bestimmten Waffen transportiert hat. Die zuständigen Reichswehrstellen haben sich bisher dazu nicht geäußert.

Die Einwohnerwehren haben in den letzten Tagen auf den Wiesen der genannten Dörfer wiederholt Schießübungen veranstaltet.

In Kirchhainigen hat sich nach Aussagen mehrerer Einwohner am letzten Donnerstag folgendes Schauspiel ereignet: Der Leiter der dortigen Einwohnerwehr versammelte die Mitglieder der Wehr und gab folgende Parole aus: Die Front der Arbeiter schließe sich immer dichter. Ein Schutz durch das Militär sei nicht zu erwarten. Es müsse daher eine neue Einteilung getroffen werden, über die sich jedoch die Einwohnerwehrleute nicht beunruhigen sollten. Es würden noch zwei bis drei Wochen vergehen, ehe es losginge.

Darauf wurde ein Stoßtrupp von 25 Mann gebildet und ihnen mitgeteilt, daß am Montag, den 16. August, jeder dieser 25 Mann 10 Handgranaten und einen Revolver erhalten würde. Des weiteren erhielt der Stoßtrupp ein schweres Maschinengewehr.

Die ganze Angelegenheit ist übrigens mit den nötigen Unterlagen der zuständigen Militärgerichtsstelle in Berlin überwiesen worden.

Waffenschiebungen in der Niederlausitz.

Kottbus, 17. August. Auf dem Güterbahnhof in Kottbus stehen seit drei Tagen zwei Feldgeschütze, von Torgau nach Kottbus signiert, zur Weiterbeförderung nach Werben bei Kottbus. Es handelt sich um zwei 9-cm-Kanonen, die für einen Herrn von Malachowski in Brahnow bei Werben bestimmt sind, und von der Speditionsfirma Reichel in Torgau ausgeliefert sind. Die Kottbuser Polizeibehörde antwortete der Redaktion der „Märkischen Volksstimme" auf die Aufforderung, die Geschütze zu beschlagnahmen, mit Ausflüchten. Die Geschütze seien unbrauchbar, die Verschlüsse fehlten und man könnte sich durch die Beschlagnahme vielleicht lächerlich machen. Wahrscheinlich habe sich Herr v. Malachowski die Kanonen nur als „Zierstück" bestellt. Wie ein Redakteur der „Märkischen Volksstimme" gemeinsam mit einem Polizeiwachtmeister, beide kriegserfahrene Artilleristen, feststellte, handelt es sich um sehr gut erhaltene Kanonen, aus denen ohne weiteres geschossen werden kann. Die Verschlüsse und ähnliche Zubehörteile werden bei Waffenschiebungen bekanntlich gesondert befördert, um nicht gestohlen zu werden.

Inland.

Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch.

Berlin, 19. Aug. Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages nahm zu der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch eine Entschließung an, wonach die Zwangswirtschaft für Fleisch spätestens am 1. Oktober aufgehoben ist. Die Einfuhr von Futtermitteln, Futtergetreide, insbesondere von Mais, soll sofort freigegeben und das Reichsfinanzministerium ersucht werden, zur Verbilligung des Mais und zur Verhinderung der Verfütterung von Brotgetreide ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Das Reichsernährungsministerium soll alle Maßnahmen ergreifen, um bis zum 1. Oktober etwa zwei Millionen Tonnen Brotgetreide sich zu sichern und damit die Freigabe der Viehwirtschaft zu ermöglichen. Es ist nur dann die Freigabe der Viehwirtschaft zu empfehlen, wenn jene Sicherung erreicht ist.

Erzwingung des Preisabbaues durch Generalstreik.

Am Dienstag abend fand eine Delegiertenversammlung der freien Gewerkschaften und der Fachräte der zwölf Industriegruppen der Münchener Betriebsräte statt. In dieser wurde einstimmig beschlossen, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund den Antrag zu überreichen, der Reichsregierung ein Ultimatum zu stellen, den Preisabbau herbeizuführen. Sollte die Reichsregierung ablehnen, so ist der Gewerkschaftsbund verpflichtet, die politischen Parteien sofort zum Generalstreik aufzurufen, um auf diese Weise die Regierung zu zwingen, den Preisabbau vorzunehmen.

So einfach, wie die Münchener Versammlung es sich darstellt, ist das Problem des Preisabbaues wohl doch nicht. Jedenfalls aber zeigt der Beschluß, welche Erregung sich der Arbeiterschaft bemächtigt hat angesichts der Tatsache, daß Lohn- und Lebenskosten auch bei den gestiegenen Löhnen in klaffendem Widerspruch stehen. Und dabei verlangen Fanatiker des Profits bereits jetzt Abbau der Löhne und versuchen, diese Forderung in die Tat umzusetzen.

Ausland.

Englische Zeitungen über Frankreich.

Paris, 17 Aug. Der „Manchester Guardian" erläßt zur gegenwärtigen Lage — seine Auslassungen erwecken den Anschein, als ob sie offiziös inspiriert seien — folgendes:

Frankreich hat uns verlassen. Wir verfolgen unseren Weg ganz allein. Wir erwarten heute die Ergebnisse der Konferenz von Minsk. Wenn es uns scheinen wird, daß die Russen in der Tat die Unabhängigkeit und Freiheit Polens respektiert haben, werden wir sobald als möglich die Handelsverhandlungen fortsetzen, die in der Tat Verhandlungen sind, welche auf einen Frieden hinzielen. Diese Verhandlungen werden wahrscheinlich in ein bis zwei Wochen beendet sein. Wir werden dann unsere Vertreter nach Moskau senden, und wenige Wochen später wird die politische Anerkennung der Sowjetregierung erfolgen. Sie wird zweifellos stattfinden, und wie Italien werden auch wir die Sowjetregierung anerkennen. Wir werden die Anerkennung unseren Botschaftern zusenden.

Romeo und Julia auf dem Dorfe.

Erzählung von Gottfried Keller.

(Schluß.)

Sali liebte gewiß ebenso stark als Vrenchen, aber die Heiratsfrage war in ihm doch nicht so leidenschaftlich lebendig als ein bestimmtes Entweder — Oder, als ein unmittelbares Sein oder Nichtsein, wie in Vrenchen, welches nur das eine zu fühlen fähig war und mit leidenschaftlicher Entschiedenheit unmittelbar Tod oder Leben darin sah. Aber jetzt ging ihm endlich ein Licht auf, und das weibliche Gefühl des jungen Mädchens ward in ihm auf der Stelle zu einem wilden und heißen Verlangen, und eine glühende Klarheit erhellte ihm die Sinne. So heftig er Vrenchen schon umarmt und liebkost hatte, tat er es jetzt doch ganz anders und stürmischer und übersäete es mit Küssen. Vrenchen fühlte trotz aller eigenen Leidenschaft auf der Stelle diesen Wechsel, und ein heftiges Zittern durchfuhr sein ganzes Wesen, aber ehe jener Nebelstreif am Monde vorüber war, war es auch davon ergriffen. Im heftigen Schmeicheln und Ringen begegneten sich ihre ringgeschmückten Hände und faßten sich fest, wie von selbst eine Trauung vollziehend, ohne den Befehl eines Willens. Salis Herz klopfte bald wie mit Hämmern, bald stand es still, er atmete schwer und sagte leise: „Es gibt eines für uns, Vrenchen, wir halten Hochzeit zu dieser Stunde und gehen dann aus der Welt — dort ist das tiefe Wasser — dort scheidet uns niemand mehr und wir sind zusammen gewesen — ob kurz oder lang, das kann uns dann gleich sein." —

Vrenchen sagte sogleich: „Sali — was du da sagst, habe ich schon lang bei mir gedacht und ausgemacht, nämlich, daß wir sterben könnten und dann alles vorbei wäre — so schwör mir es, daß du es mit mir tun willst!"

„Es ist schon so gut wie getan, es nimmt dich niemand mehr aus meiner Hand als der Tod!" rief Sali außer sich. Vrenchen aber atmete hoch auf, Tränen der Freude entströmten seinen Augen; es raffte sich auf und sprang leicht wie ein Vogel über das Feld gegen den Fluß hinunter. Sali eilte ihm nach; denn er glaubte, es wolle ihm entfliehen, und Vrenchen glaubte, er wolle es zurückhalten; so sprangen sie einander nach, und Vrenchen lachte wie ein Kind, welches sich nicht will fangen lassen. „Bereust du es schon?" rief eines dem anderen zu, als sie am Flusse angekommen waren und sich ergriffen; „nein! es freut mich immer mehr!" erwiderte ein jedes. Aller Sorgen ledig gingen sie am Ufer hinunter und überholten die eilenden Wasser, so hastig suchten sie eine Stätte, um sich niederzulassen; denn ihre Leidenschaft sah jetzt nur den Rausch der Seligkeit, der in ihrer Vereinigung lag, und der ganze Wert und Inhalt des übrigen Lebens drängte sich in diesem zusammen; was danach kam, Tod und Untergang, war ihnen ein Hauch, ein Nichts, und sie dachten weniger daran, als ein Leichtsinniger denkt, wie er den anderen Tag leben will, wenn er seine letzte Habe verzehrt.

„Meine Blumen gehen mir voraus," rief Vrenchen, „sieh, sie sind ganz dahin und verwelkt!" Es nahm sie von der Brust, warf sie ins Wasser und sang laut dazu: „Doch süßer als ein Mandelkern ist meine Lieb' zu dir!"

„Halt!" rief Sali, „hier ist dein Brautbett!"

Sie waren an einen Fahrweg gekommen, der vom Dorfe her an den Fluß führte, und hier war eine Landungsstelle, wo ein großes Schiff, hoch mit Heu beladen, angebunden lag. In wilder Laune begann er unverweilt die starken Seile loszubinden, Vrenchen fiel ihm lachend in den Arm und rief: „Was willst du tun? Wollen wir den Bauern ihr Heuschiff stehlen zu guter Letzt?" „Das soll die Aussteuer sein, die sie uns geben, eine schwimmende Bettstelle und ein Bett, wie noch keine Braut gehabt! Sie werden überdies ihr Eigentum unten wiederfinden, wo es ja doch hin soll, und werden nicht wissen, was damit geschehen ist. Sieh, schon schwankt es und will hinaus!"

Das Schiff lag einige Schritte vom Ufer entfernt im tieferen Wasser. Sali hob Vrenchen mit seinen Armen hoch empor und schritt durch das Wasser gegen das Schiff; aber es liebkoste ihn so heftig ungebärdig und zappelte wie ein Fisch, daß er im ziehenden Wasser keinen Stand halten konnte. Es strebte Gesicht und Hände ins Wasser zu tauchen und rief: „Ich will auch das kühle Wasser versuchen! Weißt du noch, wie kalt und naß unsere Hände waren, als wir sie uns zum ersten Male gaben? Fische fingen wir damals, jetzt werden wir selber Fische sein und zwei schöne große!" „Sei ruhig, du lieber Teufel!" sagte Sali, der Mühe hatte, zwischen dem tobenden Liebchen und den Wellen sich aufrecht zu erhalten, „es zieht mich sonst fort!" Er hob seine Last in das Schiff und schwang sich nach; er hob sie auf die hochgebettete weiche und duftende Ladung und schwang sich auch hinauf, und als sie oben saßen, trieb das Schiff allmählich in die Mitte des Stromes hinaus und schwamm dann, sich langsam drehend, zu Tal.

Der Fluß zog bald durch hohe dunkle Wälder, die ihn überschatteten, bald durch offenes Land; bald an stillen Dörfern vorbei, bald an einzelnen Hütten; hier geriet er in eine Stille daß er einem ruhigen See glich und das Schiff beinah stillhielt, dort strömte er um Felsen und ließ die schlafenden Ufer schnell hinter sich; und als die Morgenröte aufstieg, tauchte zugleich eine Stadt mit ihren Türmen aus dem silbergrauen Strome. Der untergehende Mond, rot wie Gold legte eine glänzende Bahn den Strom hinauf, und auf dieser kam das Schiff langsam überquer gefahren. Als es sich der Stadt näherte, glitten im Frofte des Herbstmorgens zwei bleiche Gestalten, die sich fest umwanden, von der dunklen Masse herunter in die kalten Fluten.

Das Schiff legte sich eine Weile nachher unbeschädigt an eine Brücke und blieb da stehen. Als man später unterhalb der Stadt die Leichen fand und ihre Herkunft ausgemittelt hatte, war in den Zeitungen zu lesen, zwei junge Leute, die Kinder zweier blutarmen zugrunde gegangenen Familien, welche in unversöhnlicher Feindschaft lebten, hätten im Wasser den Tod gesucht, nachdem sie einen ganzen Nachmittag herzlich miteinander getanzt und sich belustigt auf einer Kirchweih. Es sei dies Ereignis vermutlich in Verbindung zu bringen mit einem Heuschiff aus jener Gegend, welches ohne Schiffleute in der Stadt gelandet sei, und man nehme an, die jungen Leute haben das Schiff entwendet, um darauf ihre verzweifelte und gottverlassene Hochzeit zu halten, abermals ein Zeichen von der um sich greifenden Entsittlichung und Verwilderung der Leidenschaften.

— Ende. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200819-11/fragment/page=0002

Montag mitternacht veröffentlichte die Agence Havas folgende offizielle Mitteilung:

Der englische Gesandte kam um 7 Uhr abends zum Generalsekretär des Ministeriums des Aeußern. Nach einer Ankunft wurde die polnische Angelegenheit und die Lage des Generals Wrangel erörtert. Lord Derby und Paléologue prüften verschiedene Möglichkeiten, die den beiden Regierungen die Grundlage einer gemeinsamen Aktion ermöglichen könnten, um ihre Politik in Osteuropa fortzusetzen.

Das Communiqué erläutert, daß die Situation im Osten Europas noch immer ungeklärt sei und ein Einvernehmen zwischen England und Frankreich noch immer nicht erzielt werden könnte. England verzichte nicht darauf, sich mit der Sowjetregierung zu verständigen. Es beharre auch darauf, daß die Polen die Friedensbedingungen Kamenews annehmen sollten, und wolle von einer Anerkennung des Generals Wrangel nichts wissen.

Amsterdam, 18. August. „Telegraaf" meldet: Lloyd George hat Kamenew auf sein Schreiben vom 15. August mitgeteilt, daß England nicht beabsichtige, General Wrangel zu einer Offensive zu ermutigen. England wolle den Feindseligkeiten in Ost-Europa ein Ende machen und zum Ausdruck bringen, daß die Krim nicht von Rußland getrennt werden dürfe.

Die irische Frage.

Amsterdam, 17. Aug. Einem englischen Blatte zufolge sagte Lloyd George in der gestrigen Unterhaussitzung noch, die Regierung habe folgende Bedingungen für jede Regelung der irischen Frage aufgestellt:

1. besondere Bedingungen für die sechs Grafschaften des nordöstlichen Ulster,
2. keine Abtrennung Irlands oder eines Teiles von Irland vom Vereinigten Königreiche,
3. keine Gefährdung Englands in Kriegszeiten.

Lloyd George fügte hinzu: Unter diesen Bedingungen sind wir bereit, jeden Vorschlag von Wortführern der irischen öffentlichen Meinung zu erwägen. Auf die Frage, ob Verhandlungen im Gange seien, erwiderte Lloyd George: Wir haben keine Antwort auf unsere Vorschläge von einer maßgebenden Seite erhalten.

Rotterdam, 17. Aug. Ramsay Macdonald sagte in einer Rede in Glasgow, der Aktionsausschuß habe beschlossen, sich auch mit der irischen Frage zu befassen. Eine besondere Kommission soll sich direkt mit dem irischen Volke in Verbindung setzen und als Ergebnis des Gedankenaustausches einen Vergleichsvorschlag machen.

Keine Munition für Danzig.

Amsterdam, 18. Aug. Der „Times"-Berichterstatter in Danzig meldet, daß Sir Reginald Tower eine Verfügung erlassen habe, nach der kein Schiff mit Munition nach Danzig einlaufen darf. Wenn ein solches doch ankäme, würde er die Frage dem Botschafterrat in Paris vorlegen. Der Dampfer „Juno", der am 14. August Antwerpen verlassen hatte und sich bereits in der Nähe von Danzig befindet, wurde angewiesen, auf See zu verbleiben.

Ungarn — neutral!

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet: Die ungarische Regierung erklärt jedes Gerücht über eine geplante militärische Aktion als eigenmächige Erfindung und jeder Grundlage entbehrend.

Man darf aber nicht vergessen, daß die Regierung der französisch protegierten Horthy-Armee nichts befehlen kann.

Notizen.

Cachin und Frossard, die moskaubegeisterten Delegierten der französischen sozialistischen Parteimehrheit, haben ihre Aemter als Chefredakteur der „Humanite" und als Parteisekretär niedergelegt und wollen nun die Entscheidung der Partei abwarten, die ihre Reiseberichte zugunsten Moskaus verarbeiten soll.

Der italienische Botschafter in Paris läßt durch die Havas-Agentur die Nachricht dementieren, Italien hätte bereits einen Botschafter für Rußland ernannt.

Volkswirtschaft.

Fleischpreise in der Aera des Freihandels.

Zu den konzentrischen Bestrebungen aller möglichen Kreise, die auf Herbeiführung der freien Wirtschaft gerichtet sind, schreibt der ehemalige Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt:

„Der agrarische Einfluß im Verein mit einer unermüdlichen Agitation des Handels hat es bereits dahin gebracht, daß in einigen Teilen des Landes, Baden, Hessen, Schleswig-Holstein, die Zwangswirtschaft für Fleisch aufgehoben oder ihre Aufhebung in Aussicht genommen wird. Eine Maßnahme, die übrigens gesetzlich unzulässig ist. In Mannheim ist dieser Tage auf dem freien Viehmarkt der Preis für Rinder auf 800 Mk. pro Zentner Lebendgewicht hinaufgegangen. Der geltende Höchstpreis ist im günstigsten Falle 420 Mk. Das wäre der Anfang, und zwar in einem Lande mit reicher Viehproduktion. Das Pfund Fleisch wird danach auf ungefähr 16 Mark zu stehen kommen. Da aber gegenwärtig in ganz erschreckendem Umfange die Maul- und Klauenseuche herrscht, wird viel Vieh schnell abgeschlachtet, und für den Winter haben wir dann mit einem Mangel an Vieh und weiteren hyrnghaften Preiserhöhungen zu rechnen. Auf Wunsch der Landwirtschaft hat die Regierung große Mengen Mais für die Aufzucht von Schweinen eingeführt und den Städten empfohlen, durch Verträge sich die Lieferung von Mais zu sichern. Dieser Mais aus dem Ausland ist dem Landwirt aber nur zu dem enorm hohen Preis von 135 Mark pro Zentner zu liefern. Die Folge ist, daß die Landwirte den Mais nicht abnehmen, weil ihnen der Preis zu hoch ist und der Zentner Lebendgewicht weit über 600 Mark für Schweine hinaufgesetzt werden müßte. Wir würden zu einem Preis für Schweinefleisch von ungefähr 20 Mark pro Pfund, vielleicht auch etwas darüber hinaus, kommen. Die Folge ist nun, daß im Ausschuß die Freigabe der Gerste für die Verfütterer gefordert wird und die Senkung der Maispreise durch Zuschüsse aus der Staatskasse.

Kommen wir zu diesen enorm hohen Preisen auf dem Viehmarkt unter der freien Wirtschaft — ein Zweifel darüber kann nicht bestehen —, so wird der Anreiz, Gerste und Hafer zu verfüttern, erheblich gesteigert, und wir bringen dann die Brotversorgung in neue Gefahr.

Für die Landwirtschaft ergibt sich eine gern gesehene Preissteigerung, für das zahlungsfähige Publikum Fleisch in genügenden Mengen, für die Minderbemittelten Einschränkung des Bedarfs, weil die Preise nicht gezahlt werden können. **Die Wähler, denen während der Wahlagitation die freie Wirtschaft in den rosigsten Farben geschildert wurde, werden bald ernste Betrachtungen anstellen können, was es heißt, in Zeiten ungenügender Produktion und mangelnder Versorgung des Marktes Handel und Landwirtschaft frei schalten und walten zu lassen."**

Das sind höchst erbauliche Aussichten für die freie Wirtschaft.

Gewerkschaftliches.

Reichskongreß der Betriebsräte.

Aufruf zum Ersten Kongreß der Betriebsräte Deutschlands.

Der geschäftsführende Ausschuß und der provisorische Beirat der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hat in seiner Sitzung vom 11. August einstimmig beschlossen, die Vertreter der Betriebsräte zu einem

Kongreß
der Betriebsräte Deutschlands
zum 5. und 6. Oktober d. J. nach Berlin
Neue Welt, Hasenheide,

zusammenzuberufen.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands (Referent: Wissell).
2. Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung (Referent Dr. Hilferding).
3. Die Aufgaben der Betriebsräte (Referenten: Dißmann und Nörpel).
4. Die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte (Referent: Brolat).

Die Wahl der Delegierten, die Betriebsräte sein müssen und mindestens ein Jahr einer dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund oder der Afa angeschlossenen Organisation als Mitglied angehören, erfolgt ausschließlich durch die Betriebsräte. Mit der technischen Durchführung der Wahl sind die einzelnen Gewerkschaften betraut worden.

Arbeiter! Angestellte! Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte!

Der Riesenkampf zwischen Kapital und Arbeit nimmt täglich schärfere Formen an. Unter dem Drucke einer fürchterlichen Krise werden Hunderttausende zur Arbeitslosigkeit und damit zu grenzenlosem Elend verdammt. Ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl werden Betriebe unter nichtigen Vorwänden stillgelegt. Der Stillegung von Betrieben durch die Unternehmer gesellt sich die Sabotage der schwer erkämpften, beschiedenen durch das Betriebsrätegesetz geschaffenen Rechte der Arbeiter und Angestellten hinzu. Aus diesen Gründen ist eine berechtigte Erregung in sämtlichen Arbeitnehmerschichten eingetreten und der Drang nach Einfluß und Kontrolle auf die gesamte Produktion macht sich immer mehr geltend.

Dieser Einfluß kann nur gesichert werden wenn eine einheitliche Zusammenfassung der Betriebsräte vorhanden ist, hinter der ebenso geschlossen die Gewerkschaften stehen. Diese organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte und die Regelung ihres Tätigkeitsgebietes nach einheitlichen Richtlinien wird durch den Kongreß herbeigeführt werden. Dieser hat deswegen nicht nur vorübergehende Bedeutung, sondern wird durch Vereinigung der Betriebsräte zu einheitlichem Wirken der Betriebsräte die Macht und den Einfluß der Arbeitervertretung in den Betrieben dauernd sichern.

Der geschäftsführende Ausschuß:

gez. Graßmann, Brunner, Dißmann, Brolat.

A. D. G. B.

gez. Aufhäuser, Klingen, Nörpel. Afa.

Der provisorische Beirat der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale:

Belzig (Metallindustrie), Leipzig. Behr (Bergbau), Dortmund. Baumeister (Graphisches Gewerbe), Dresden. Ecken (Afa, Bergbau), Gelsenkirchen. Lange (Lebens- und Genußmittel), Hamburg. Mannshardt (Baugewerbe), Hamburg. Hammer (Holzindustrie), Stuttgart. Hillemann (Afa, Metallindustrie), Düsseldorf. Muth (Afa, Sozialversicherung), Magdeburg. Karl Müller (Landwirtschaft), Stroßdorf i. Pom. Friedrich Müller (Lederindustrie), Nürnberg. Maß (Afa, Bank-, Versicherungs- und Handelsgewerbe), Hamburg. Mette Kommunale Behörden), Hamburg. Roth (Chemische Industrie), Höchst a. Main. Seiffert (Verkehr), Hamburg.

Aus aller Welt.

200 Flaschen Gift in Verbrecherhänden.

In dem Pharmakologischen Laboratorium des Professors Dr. Louis Lewin in der Ziegelstr. 3 zu Berlin ist ein gefährlicher Einbruchsdiebstahl verübt worden. Die Diebe erbeuteten zwei Spektralapparate, einen von der Firma Zeiß, den anderen von der Firma Schmid, sowie verschiedene Mikroskope. Eine schwere Gefährdung der Allgemeinheit jedoch ist dadurch entstanden, daß den Dieben 200 Flaschen Gift in die Hände fielen. 50 Flaschen davon enthalten allerstärkstes Gift, von dem ein Fünftausendstel Gramm genügt, um einen Menschen zu töten. Das Gift ist völlig geruch- und geschmacklos. Die Flaschen tragen ein Etikett von der Firma Boehringer, Mannheim, und haben Glasstopfen mit Lederüberzug. Der Diebstahl muß von Leuten ausgeführt sein, die um den Inhalt der Flaschen wußten, da sie sie aus der großen Menge von Medikamenten herausgesucht haben. Im Interesse der Allgemeinheit werden alle Personen, denen Gifte angeboten werden, gebeten, dem Oberwachtmeister Moritz im Berliner Polizeipräsidium Mitteilung zu machen.

Es ist schwer verständlich, daß eine derartige Menge so furchtbaren Giftes nicht besser gegen Einbruch geschützt war. Die Gefährdung der Oeffentlichkeit aus der Tatsache, daß eine solche Menge todbringenden Stoffes nun in den Händen von Verbrechern ist, ist schwer auszudenken.

Ein beherzter Straßenpassant. Zwei Damen wurden in der vergangenen Nacht am Helgoländer Ufer von acht jungen Burschen überfallen und beraubt. Auf die Hilferufe der Damen eilte der Kaufmann Hans Heinsen herbei und nahm die Verfolgung der Räuber auf. Es gelang ihm dann auch, in der Werftstraße fünf von den Männern mit dem Rufe „Hände hoch oder ich schieße!" zu stellen, obwohl er weder einen Revolver noch irgendeine andere Waffe bei sich trug. Er führte die Räuber dann zu der Wache des zweiten Bataillonregiments zu Fuß in der Invalidenstraße. Die geraubten Gegenstände konnten den Damen wieder zurückgegeben werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die englischen Arbeiter und der Friede.

Amsterdam, 18. August. „Algemeen Handelsblad" meldet aus London: Die Arbeiter haben in ihrer Politik eine Schwenkung vorgenommen, durch den Beschluß, im Falle eines Krieges gegen Rußland nicht einen allgemeinen Streik zu proklamieren. Der Aktionsausschuß hat beschlossen, in diesem Falle lediglich die Betriebe, die für die Kriegführung notwendig sind, still zu legen und den anderen Betrieben zu gestatten, die Arbeit fortzusetzen, damit nicht die Nation der Lebensmittel und anderer Lebensnotwendigkeiten beraubt wird.

Die Konferenz in Minsk.

London, 18. August. Der Korrespondent des „Daily Herald" in Minsk telegraphiert seinem Blatte: Danischewitsch, der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation erklärte: Sämtliche Zusammenkünfte der Friedenskonferenz werden öffentlich stattfinden. Wir beabsichtigen nicht, die Politik des Geheimhaltens und des Zwangs, die in Versailles befolgt wurde, nachzuahmen. Wir werden aufmerksam auf alle polnischen Argumente hören, und wenn wir auch hoffen, daß die bereits veröffentlichten Bedingungen Annahme finden werden, so beabsichtigen wir doch, ehrlich gemeinte Annäherungsvorschläge nicht abzulehnen. Rußland wünscht aufrichtig Frieden und wird sein Bestes tun, um ein Mißlingen der Konferenz zu vermeiden. Der allgemeine Grundsatz der russischen Politik ist vollständige Anerkennung von Polens Souveränität und Unabhängigkeit.

Das deutsche Eigentum in Südafrika.

Rotterdam, 18. August. Nach einer Meldung aus Kapstadt hat Premierminister Smuts im Parlament erklärt, daß die Deutschen, deren Eigentum von der Regierung beschlagnahmt wurde, entschädigt werden müßten. Bezüglich des Eigentums von Deutschen, die nicht in Südafrika wohnhaft seien, werde die Regierung sich an die Bestimmungen des Friedensvertrages halten. Nach Abzug der Schadenersatzforderungen seien ungefähr neun Millionen Pfund Sterling in den Händen der südafrikanischen Regierung geblieben, die als Darlehen für 30 Jahre mit 4 Prozent verzinst zu betrachten seien, da die Regierung keine Sicherheit habe, daß das Geld, wenn es nach Deutschland gesandt werde, in die Hände der wirklichen Eigentümer gelange. Smuts sagte, die Regierung handle den Deutschen gegenüber in dieser Frage so milde wie möglich, da gemäß dem Friedensvertrage Südafrika ein Recht haben würde, alles deutsche Eigentum in Südwestafrika zu konfiszieren.

Französische Anleihe in Amerika.

Paris, 18. August. Wie „Chicago Tribune" mitteilt, befindet sich ein Beamter des französischen Finanzministeriums seit gestern in New York, um über eine Anleihe von 150 Millionen Dollar zu verhandeln. Die Anleihe soll dazu dienen, den französischen Anteil an einer englisch-französischen Anleihe im Betrage von 250 Millionen Dollar, die demnächst verfallen wird, zurückzuzahlen. Das französische Finanzministerium bestätigte der „Liberté", daß tatsächlich ein Beamter des Ministeriums nach Amerika gereist sei, um die Rückzahlung einer Schuld bei verschiedenen amerikanischen Banken zu prüfen, es sei aber unmöglich, jetzt schon zu sagen, daß die Aufnahme einer neuen Anleihe geplant sei.

Briefkasten der Redaktion.

F. S., Eichendorffstraße. Für Uebersendung der kleinen Skizze, die wir in den nächsten Tagen bringen, besten Dank.

Anfrage über Polen. Ammendorf. Die Polen, die Angehörige des Deutschen Reiches waren und die Staatszugehörigkeit besaßen, haben stets dasselbe Wahlrecht gehabt wie jeder andere im Reiche. Im preußischen Dreiklassenparlament war deshalb ihre nationalistische Fraktion viel stärker als die Vertreter der Millionen Arbeiterwähler. — Ein Ausnahmegesetz bestand allerdings gegen sie. Ihnen konnte der Grundbesitz enteignet werden zugunsten der deutschen Ansiedler.

P. S., Hohenmölsen. Die Betriebsrätezeitung des A. D. G. B. müßte eigentlich durch jede Postanstalt zu beziehen sein. Das ist in der ersten Nummer besonders angegeben. Ehe Sie bei der Schriftleitung, Dr. A. Striemer, Berlin, S. W. 68, Lindenstr. 3, IV. Hof, anfragen, erkundigen Sie sich lieber noch einmal auf Ihrem Postamte.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle. Gr. Ulrichstr. 27.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Lebensmittel-Kalender.

Frisches Rindfleisch. Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 150 Gr. je Kopf festgesetzt. (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte.) Es gelangt frisches Rindfleisch zur Ausgabe. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 21. d. M. durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abgabe der Fleischmarken für die Woche vom 16. bis 22. August d. J. Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 23. August an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufspreis beträgt für 150 Gr. 3.30 Mk.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule, am Donnerstag, den 19. August 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 68 501 bis 70 000 vormittags von 8—12 und die Inhaber der Nummern 70 001—72 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person eines Haushaltes 115 Gramm zum Preise von 1 Mk. abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Rohgulasch, Milchkühspeise, Milchkühspeise und Malzextrakt in der Talamtschule, am Freitag, den 20. August 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 40 001—43 500 vormittags von 8—12 und die Inhaber der Nummern 43 501—48 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person eines Haushaltes 1 Kilodose Roßgulasch zum Preise von 11 Mk., 2 Pakete Milchkühspeise zum Preise von 55 Pfg. für ein Paket, 100 Gramm Milchpulver zum Preise von 1.60 Mk. und 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4.30 Mk. abgegeben werden. Die Roßfleischkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Halle, den 19. August 1920. **Der Magistrat.**

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 1000000 fach bewährt
Preis M. 2.50. Jn Apotheken u. Drogerien erhältlich
Drogerie Kreyer, Lindenstraße 55,
Drogerie Matier, Ludwig Wachtersstr. 71,
Drogerie Philipp, Magdeburgerstraße,
und Drogerie Steinbach, Königstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200819-11/fragment/page=0003

U.T

Leipzigerstr. 88
Fernruf 1224.

Ab morgen:
Der Film der Sensationen:
Der Kindesraub im Zirkus Buffalo.
— 6 Akte. —
Hauptrolle:
der Athlet Albertini.
Der Film übertrifft an Sensationen den vor kurzem gezeigten Film Zirkus Wolfson.
Vorführung: 4.30 6.45 9.10

Leo Peukert
in dem Schwank in 2 Akten
Der Liebesschüler.
Vorführung: 4.00 6.15 8.35

Die neuesten Wochenberichte.

Beginn 4 Uhr

Alte Promenadella
Fernruf 5738.

Ab morgen:
2 Erstaufführungen
Ossi Oswalda
in ihrem neuesten Lustspiel in 4 Akten
Kakadu u. Kiebitz.
Vorführung: 5.00 7.10 9.30.

Menschen von heute
Schauspiel in 5 Akten.
In den Hauptrollen:
Grete Freund u. Felix Basch
Vorführung: 4.00 6.10 8.20.

Beginn 4 Uhr

Wochentags bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm.

Eintrittskarten haben nur am Tage der Lösung Gültigkeit.

Saalschloßbrauerei.
Morgen
Freitag, den 20. August, abends 8 Uhr
(je nach Witterung, Saal oder Garten)
auf vielseitigem Wunsch nochmals
Elite-Konzert
Johann Strauß
ehem. k. k. Hofball-Musikdirektor aus Wien.
Unter Mitwirkung des Philharm. Orchesters.
Programm:
Aus dem Reiche der heiteren Musik.
Karten zu 4.60 Mark bei Reinhold Koch, Hofmusikalienhandlg. Alte Promenade 1/2.

Zoo! Zoo!
Sonnabend, den 21. August (bei gutem Wetter
Gr. Kinderfest.
Anfang nachm. 3 Uhr.
Leitung: Herr Mühle.
Konzert. Kaiperles Theater Großer Kinderreigen.
Kinderspiele unter Leitung von Kindergärtnerinnen.
Karussellfahren, Aufstieg. Theater Großer Luftballons.
Großer Umzug durch den Garten. Kinderball im großen Saal, Märchenerzählen, zum Schluß
Justiges Kinderfeuerwerk
veranstaltet von der Firma Pfeiffer & Bock.
Eintritt:
1 — Mk. für Erwachsene,
0.50 „ „ Kinder.

Max Eigl's grosses Anatomisches Museum
(aus München)
„Der Mensch"
kommt nach Halle.
Eröffnung: Sonnabend, den 21. August, im Spiegelsaale des „Wintergarten", Magdeburgerstraße 66.
Personen unter 18 Jahren ist der Zutritt polizeilich untersagt.

Salonuhren,
von den einfachsten bis zu den elegantesten Ausführungen,
Wecker
von 55 Mk an, prima Messingwerk.
Gottfried Schraut,
Uhrmacher,
nur Schmeerstr. 4.

Bruno Jäckel
Dentist
Schweitschkestr. 31, I., Sprechstunden 9-12, 2-6
Behandlung kranker Zähne u. künstl. Zahnersatz
16 Jahre Fachtätigkeit :: Mäßige Preise!

1687
Vernickeln, Erneuern
von Metallgegenständen jeder Art führt aus
Ferd. Haassengler,
Metallwarenfabrik Barfüßerstr. 9. Telefon 1196.
Gegründet 1839.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Das neue PROGRAMM der S.P.D. aufzubauen, ist die dringlichste Pflicht aller Parteigenossen.

Darum muß sich jeder mit den auf Anordnung des Parteivorstandes herausgegebenen 28 Gutachten zur

Revision des Erfurter Programms

eingehend befassen :: Preis 8,75 Mark

Zu beziehen durch:
Die Buchhandlung der Volksstimme,
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27.
Bestellungen zu vorstehendem Vorzugspreise werden daselbst sowie bei den Vorständen der Sozialdemokratischen Vereine im Bezirk entgegengenommen.
Der eigentliche Ladenpreis des Werkes ist Mk. 15.—.

Gr. Ulrichstr. 51. Fernspr. 4681.
Uraufführung für Mitteldeutschland!

Der Fluch der Menschheit.

Richard Eichbergs gewaltiges Monumentalwerk.
Abenteuer-Film in 2 Teilen.
Der erste Teil in 5 spannenden Akten.
Die Tochter der Arbeit.
Vorführung: 4.45. 6.50. 9.00.
Sonntags und Wochentags Einlass 3 Uhr. Beginn 4 Uhr.

Wochentags auf allen Plätzen bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm.

Apollo-Theater,
Tägl. 8 Uhr:
„Hanni geht tanzen."
Sonnabend 3. 1. Mal:
Der Schlager des Rollendorf-Theaters zu Berlin:
Eine Nacht im Paradies.
Operette in 3 Akten von W. Bromme.
Vorverk. 9—1 u. 5—7.

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solider Ausführung zu normal. Preisen
H. Lerner, Uhren-Reparatur-Werkstatt,
Gr. Steinstraße 85
(gegenüber Barfüßerstraße)

Nähmaschinen
Reparatur-Werkstätte für Nähmaschinen.
Karl Möller, Schmeerstr. 1. Fernruf 6323.

Vernickelung,
Emaillieren v. Fahrrädern usw. pp. billig.
Gebr. Plato,
Gr. Brauhausstraße 29.

Beikinkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen.

Kaufgesuche

Ankauf von Gold- und Silbersachen, getrag. Taschen-Uhren, zahle höchste Preise. **Ursin** Uhrmacher, Sternstr. 6 I. Tel. 1553.

Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuerklärung für die Veranlagung zum Reichsnotopfer

Zur Abgabe einer Steuerklärung sind verpflichtet:

1. a) **die Angehörigen des Deutschen Reichs;**
   b) **Angehörige außerdeutscher Staaten,** die die deutsche Staatsangehörigkeit erst nach dem 31. Juli 1914 verloren haben, und **Staatenlose,** die am 31. Dezember 1919 im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes ihren dauernden Aufenthalt gehabt haben;
   c) **Angehörige außerdeutscher Staaten,** die sich am 31. Dezember 1919 im Deutschen Reich dauernd des Erwerbes wegen aufgehalten haben;

zu a) bis c)

falls die zu a) bis c) Genannten am 31. Dezember 1919 allein oder mit ihrer Ehefrau ein Vermögen von 5000 Mark und darüber gehabt haben und zwar auch dann, wenn ihnen eine Aufforderung zur Abgabe der Steuerklärung nicht zugegangen ist;

d) alle diejenigen, die eine Aufforderung zur Abgabe der Steuerklärung erhalten ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Vermögens. Die Zusendung eines Vordruckes zur Steuerklärung gilt als besondere Aufforderung.

2. Die nachstehend Genannten und zwar ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens und ohne Rücksicht auf die Zusendung eines Vordruckes;
   a) inländische Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften, Bergwerkgewerkschaften und andere Bergbau treibende Vereinigungen, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Versicherungsvereine, eingetragene Genossenschaften, deren Anteile auf mindestens 50 Mark lauten, sowie Kreditanstalten;
   b) sonstige inländische juristische Personen;
   c) inländische nicht rechtsfähige Vereine also z. B. Standes- und Berufs-, Beamten-, Frauen-, Gesang-, Geselligs-, Handels-, Gewerbe-, Hausbesitzer-, Krieger-, Kunst-, Lehrer-, Lotterie-, Schüler-, Schützen-, Sport- Sprach-, Stenographen-, Studenten-, Theater-, Turn-, Sport- Wissenschaftliche- usw. Vereine, Logen, Klubs, Bunde usw.
   d) sonstige inländische Vermögensmassen, die nicht dem Vermögen anderer Abgabepflichtiger anzurechnen sind, insbesondere Stiftungen ohne juristische Persönlichkeit;
   e) **die Eigentümer von inländischem Grund- und Betriebsvermögen oder** diejenigen Personen, denen nach Artikel 297 i des Friedensvertrags eine Entschädigung gewährt worden oder zu gewähren ist.

3. **wer zur Abgabe der Steuererklärung nach Nr. 1 und 2 Verpflichtete zu vertreten hat.**

Die Angehörigen des Deutschen Reichs, die sich bereits vor dem 31. Juli 1914 mindestens zwei Jahre ununterbrochen des Erwerbes wegen oder aus anderen zwingenden Gründen im Ausland aufgehalten haben, ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben, und noch am 31. Dezember 1919 im Ausland gewohnt haben, sind zur Abgabe einer Steuererklärung nur insoweit verpflichtet, als sie zu den oben unter 2d bezeichneten Personen gehören. Diese Ausnahme findet jedoch keine Anwendung auf Reichs- und Staatsbeamte, die ihren dienstlichen Wohnsitz im Ausland gehabt haben.

Die zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung **unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks**

in der Zeit von heute bis 30. September 1920

bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen.

Die Vordrucke für die Steuererklärung werden in diesen Tagen in der Stadt Halle durch die Post, im Landkreis durch die Gemeindevorsteher zugestellt werden.

Soweit den Steuerpflichtigen Vordrucke nicht zugestellt worden sind, müssen sie von dem Finanzamt bezogen werden. Die Verpflichtung zur Abgabe der Steuererklärung besteht auch dann, wenn ein Vordruck **nicht** zugesandt worden ist.

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf die Gefahr des zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs. Mündliche Erklärungen werden von dem unterzeichneten Finanzamt während der Geschäftsstunden zu Protokoll entgegengenommen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, wird mit Geldstrafen zu der Abgabe der Steuererklärung angehalten; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 vom Hundert der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Wer das Reichsnotopfer ganz oder teilweise hinterzieht oder zu hinterziehen versucht oder eine derartige Handlung seines Vorteils wegen begünstigt oder hierbei hilft oder wer seines Vorteils wegen Gegenstände, von denen er weiß oder annehmen muß, daß das Reichsnotopfer für sie hinterzogen ist, verheimlicht, absetzt oder zu ihrem Absatz mitwirkt, wird mit Geldstrafe bis zum dreifachen Betrage der betreffenden Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf **Gefängnis** und **Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte** erkannt sowie die **Bestrafung auf Kosten des Verurteilten bekanntgemacht** werden. **Vermögen, das bei der Veranlagung zum Reichsnotopfer vorsätzlich verschwiegen wird, verfällt zugunsten des Reiches.** Sonstige Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Gesetzes über das Reichsnotopfer oder die zugehörigen Verwaltungsbestimmungen können mit Ordnungsstrafen bis zu 1000 Mark geahndet werden.

Für die bis zum 31. Dezember 1920 auf das Notopfer **bar** gezahlten Beträge werden 4 vom Hundert als Vergütung gewährt. Die in dem § 30 des Gesetzes über das Reichsnotopfer vorgeschriebene 5 prozentige Verzinsung der Steuern vom 1. Januar 1920 ab hört für den durch die Zahlung getilgten Betrag mit dem Tage der Einzahlung auf.

Halle (Saale), im August 1920.
Königstraße 88.

Finanzamt I und II.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200819-11/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Parteifunktionäre. Achtung! Heute, Donnerstag, abend 8 Uhr in „Wildsdorfs Gesellschaftshaus" **Funktionärsitzung.** Von den Bewerbern zur Bezirkssekretärstelle wird ein Genosse einen Vortrag halten. Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht!

In der gestrigen Nummer ist in obiger Anzeige ein bedauerlicher Druckfehler unterlaufen. Die Sitzung sollte nicht am Mittwoch stattfinden, sondern heute Donnerstag.

Bezirks- und Ortsvorstand. Donnerstag abend 8½ Uhr Sitzung des Bezirks- und Ortsvorstandes in Wildsdorfs Gesellschaftshaus.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 19. August 1920.

Am Flusse.

An der Saale hatte sich eine dichte Menschenmenge gestaut. Einer drängte den andern. Irgend etwas Gräßliches war passiert. Die vorderen, die es gesehen haben wollten, sagten, es hätte sich jemand ins Wasser gestürzt. Wie ein Raunen ging es durch die Volksmenge. Es war ja nichts Alltägliches. Aber die Not der Zeit, von denen fast jeder ein Unglück mit sich brachte, hatte die Menschen hart und stumpf gemacht.

Nun standen sie Kopf an Kopf, die Jungen neben den Alten, und dazwischen die Kinder. Die hageren Hälse hatten sich gereckt, daß die Sehnen sich wie daumendicke Schnüren zogen. Die Augen hatten etwas Starres bekommen. Bei den waren die dünnen, blutleeren Lippen fest aufeinander gekniffen. Bei den andern waren sie von erregten Fragen bewegt. Die knochigen Hände mit den dünnen Fingern hingen eckig und scharf umrandet in der Luft. Um die Häupter kringelte Sommersonne. Die lag warm und glanzvoll auf jedem Scheitel und war von einem blassen Blau gesättigt, das sie auf ihrem Wege durch Buschwerk und Baumkronen getrunken.

Die Rettungsarbeiten waren im Gange. Man hatte einen Kahn vom Ufer gelöst. Klirrend war die haltende Kette gefallen. Ein paar Männer standen aufrecht im Kahn und hantierten mit langen, wassertropfenüberperlten Stangen. Schwitzend verrichteten sie ihr Werk. Langsam glitt der Kahn über die stumpfe, graugrüne Fläche. Bis auf den Grund hinunter suchten die Stangen. Ihre blanken Haken fanden nichts zum Halten. Lange Zeit. Endlich saß einer der Haken fest. Der Mann zog. Mit ganzer Kraft zog er, den Körper weit nach hinten wuchtend. Etwas Dunkles, Bauchiges kam an die Oberfläche. Nun setzte die andere Stange ihr Hilfswerk ein. Sie schob sich tastend unter die dunkle Masse, legte sie hebebaumartig auf die Bootswand, wippte mit dem einen Ende, hob, dirigierte.

Höher war das dunkle Etwas aus der Flut gestiegen. Wie ein Bündel sah es aus. Triefend, wassergebläht. Da eine Strähne blonden Haares. Ein Arm, ein Bein. Die eine Stange hielt den aufsteigenden Körper. Besser und sicherer griff der Haken der anderen Stange zu. In den Gürtel legte er sich hinein. Und nun ein kräftiger, weitausholender Ruck. Jetzt war der Frauenkörper ganz dicht an die Bootswand herangezogen. Die Arbeit der Stangen war beendet. Vier feste Hände griffen zu. Die Leiche wurde im Boot geborgen. Das Wasser floß in Strömen aus den Kleidern. Das Gesicht war fahlgelb. Ein Sonnenstrahl irrierte über die nasse Stirn.

Die Menschen am Ufer schienen um Zentimeter gewachsen. Jeder stand auf den Zehenspitzen. Die Köpfe der Hinterreihe hatte sich zwischen die Schulern der Vorderreihe gezwängt. Ein paar atemlose Minuten strichen vorüber. Dann sprangen urplötzlich Worte auf. Grollende, verbitterte Worte. „Natürlich halb verhungert!" „Diese verfluchte Zeit!" „Armes Mädel!"

Die Vorderen hatten genug geschaut. Sie wandten sich ab. Die Hinteren, die nachgedrängt waren, hatten auch rasch ihre Schaulust befriedigt. Der Wagen des Leichenschauhauses war vorgefahren. Da hinein betteten die beiden Männer die unbekannte Lebensmüde. Nur die Sonne hielt es noch am längsten bei der armen Toten aus. Die goß all ihr Gold des Hochsommertages auf den Armeleutewagen, der sich langsam und rumpelnd in Bewegung setzte. . . . .

Die Geburten in Halle seit Kriegsende bis April 1920.

Die gewaltigen Ausfälle an Menschenleben, die der Krieg verursacht hat, leiten das Interesse weiter Kreise auf das Ausfüllen dieser Lücken. Die Geburtenstatistik gewährt Einblick in die Erneuerungskraft des Volkes.

Wie groß ist die Zahl der Geborenen? Welches Geschlecht überwiegt bei den Geborenen? Tritt neben den ehelichen Geburten die Menge der unehelich Geborenen stark hervor? Das sind einzelne Fragen, deren Beantwortung von großer Wichtigkeit für die Volksentfaltung in der Gegenwart ist.

Es versteht sich, daß die Kriegszeit auf die Geburten einen stark einschränkenden Einfluß ausgeübt hat. Die große Menge der Geborenen ist normalerweise ehelicher Herkunft. Der Krieg zerreißt aber zahlreiche Ehen; die eheliche Fruchtbarkeit wird also herabgesetzt. Mit dem Herabsetzen der Zahl der ehelichen Geburten sinkt die Gesamtmenge der Geborenen erheblich. Von 4386 Geborenen in der Stadt Halle im Jahre 1914 sinkt die Geborenenmenge auf 3431 im Jahre 1915 und auf 2695 im Jahre 1916, schließlich sogar auf 2417 im Jahre 1917, um im Jahre 1918 die Bemerkbin bescheidene Zahl des Jahres 1916 wieder zu erreichen. Das erste Nachkriegsjahr steht, da die Truppen erst zu Ende des Jahres 1918 zurückkehrten, noch merklich unter dem Einfluß der 10 Kriegsmonate in 1918, denn die Geborenenmenge steigt nur auf 3769, eine Zahl, die zwar die des Kriegsjahres 1915 ein wenig übertrifft, aber erheblich hinter der Geburtenmenge der früheren Friedensjahre zurückbleibt.

Ein Blick auf die monatliche Gestaltung der Geburtenmenge zeigt deutlich, daß bis Juli 1919 keine irgendwie nennenswerte Vermehrung der Geburten eingetreten ist; erst mit August 1919 setzt die neue Geburtenwelle ein, im Monat darauf erreicht sie ihren Höhepunkt, den sie auch im folgenden Monat noch nicht verläßt und in den anschließenden 6 Monaten nur ganz unwesentlich unterschreitet.

Die jähleiche Geburtenziffer betrug für Halle vor dem Kriege etwa 24; d. h. auf 1000 Einwohner wurden damals etwa 24 Kinder lebend geboren; diese Ziffer ist danach erheblich gestiegen; sie dürfte auf 28 oder noch mehr am Ende des Jahres 1920 angestiegen sein. Wir haben also schon seit September 1919 eine so große Geburtenzahl, wie sie sonst nur in den Zeiten zentner günstiger wirtschaftlicher Konjunkturen zu beobachten war. Ob gegen dieses Anwachsen der Geburten ein Rückschlag zu erwarten ist, steht dahin. Vorläufig sehen wir, daß die Geburtenziffer sich von 13,7 im Jahre 1917 auf 18,9 im Jahre 1919 gehoben hat, also hinter der des letzten Friedensjahres mit 23,7 noch stark zurückgeblieben ist.

Während in früheren Jahren der Anteil der Totgeborenen an der Gesamtzahl aller Geborenen nur 3,2 bis 3,6 Proz. bei den Knaben und 2,7 bis 2,9 Proz. bei den Mädchen betrug, ist dieser Anteil im Kriege bis auf 4,7 Proz. bei den Knabengeburten und 3,9 Proz. bei den Mädchengeburten gestiegen. Dementsprechend ist der Anteil der Lebendgeborenen zurückgegangen. Die äußere Unruhe unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens gefährdet das keimende Leben offenbar recht stark; und es ist besonders traurig, daß in den Jahren 1918 und 1919 die Menge der Totgeburten am meisten gestiegen ist.

Eine andere ebenfalls wenig erfreuliche Tatsache zeigt ein Vergleich der Verteilung der Neugeborenen nach dem Geschlecht. Früher war es bald zum Gesetz geworden, daß auf 100 Mädchen jeweils 106 Knaben geboren wurden. Im Kriege selbst stieg nun wohl der Anteil der Knabengeburten; er erreichte im Jahre 1918 die Ziffer 118,4; d. h. auf 100 Mädchen wurden in Halle 118,4 Knaben geboren. Aber mit 1919 beginnt ein unheimlicher Rückgang der männlichen Geburten; für 1919 ist der Knabenüberschuß nur 101,3. Es ist zu hoffen, daß er mit der besseren Ernährung usw. recht bald wieder steigt; denn der tatsächliche Frauenüberschuß in der Gesamtbevölkerung würde andernfalls immer mehr sich vergrößern.

Eine besondere Bedeutung beanspruht die Legitimität der Geborenen. In den Jahren vor dem Kriege hielt sich der Anteil der unehelich Geborenen etwa bei 15—17 Proz. aller Geborenen in der Stadt Halle. Im Kriege ist der Anteil der unehelichen Geburten beträchtlich gestiegen; er erreichte im Jahre 1918 mit 24,6 Proz. seinen höchsten Stand. Im Jahre 1919 sank er auf 20,2 Proz., ist aber zur Zeit schon wieder im Steigen begriffen, was ohne Zweifel mit der Wohnungsnot und der hieraus entstehenden größeren Schwierigkeit der Eheschließung sich herleitet. Die zur Zeit große Zahl berufsloser Frauen unter den unehelichen Ziffern dürfte ein besonderer Beleg für diese Annahme sein.

Im ganzen ist die Geburtenbewegung also seit August bzw. September 1919, d. h. im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Kriegsende wieder stark im Steigen begriffen; und eine fühlbare Abnahme ist bis in die jüngste Zeit hinein nicht eingetreten. Aber es ist auffallend, daß die Totgeburten stärker als je vorher vertreten sind und noch auffallender, daß die Mädchengeburten nicht nur numerisch merklich geringer sind als die Knabengeburten.

Solche Ergebnisse bieten zwingenden Anlaß, die Bevölkerungsfragen unter neuen Gesichtswinkeln zu betrachten.

Die Afa gegen Neutralitätsverletzung.

Von der „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände" wird uns geschrieben:

Nach den aufsehenerregenden Mitteilungen der deutschen Regierung besteht für Deutschland die unmittelbare Gefahr, durch einen völkerrechtswidrigen Neutralitätsbruch seitens der Entente in die zurzeit bestehenden Kriegswirren hineingezogen und damit unter Umständen Kriegsschauplatz zu werden. Unser durch einen mehr als vierjährigen verlorenen Krieg ohnehin schon völlig zerrüttetes Wirtschaftsleben würde dadurch mit Sicherheit vernichtet werden. Militärischer Widerstand gegen ein gewaltsames Vorgehen der Entente ist nach Lage der Dinge ausgeschlossen. Nur die werktätige Bevölkerung Deutschlands — Arbeiter, Angestellte und Beamte — ist imstande, diese furchtbare Gefahr von uns abzuwenden, indem sie jeden Versuch eines Neutralitätsbruches, insbesondere durch Waffen- oder Truppendurchfuhr mit ihrem organisierten Widerstand verhindern. Die freien Arbeitergewerkschaften Deutschlands und die sozialistischen Parteien haben deshalb die deutsche Arbeiterschaft aufgefordert, für die Aufrechterhaltung der unverbrüchlichen Neutralität Deutschlands einzutreten. Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände stellt sich in dieser Stunde dringender Gefahr an die Seite der Arbeiterschaft und fordert die mitteldeutsche Angestelltenschaft auf, jeden Versuch einer Neutralitätsverletzung mit allen Kräften zu verhindern.

Der Verband des Post- und Telegraphenpersonals im D. T. V. hielt am Montag, den 16. August, im Volkspark eine stark besuchte Versammlung ab, die einen Bericht von Reichskonferenz vom 10. bis 12. August in Berlin entgegen nahm. Die Konferenz bot ein Bild der geschlossenen Einheit. Zu gleichen Teilen waren die Helfer aus dem unteren und mittleren Beamtendienst, Telegraphenarbeiter und Beamte aus dem ganzen Reiche erschienen. Das R. P. M. hatte ebenfalls einen Vertreter entsandt. Die Entlassungen bei der Post bildeten einen Hauptpunkt in den Verhandlungen. Mit Hilfe der Verbandsleitung ist es gelungen, die Entlassungen zu unterbinden und dafür die Arbeitszeit zu strecken. Die OPD. S. hatten sich gegen die letztere Regelung ablehnend geäußert. Eine Fülle Material hinsichtlich der Wetterwirtschaft im Postbetrieb wurde vorgetragen, in denen die Beschäftigung ganzer Familien und besonders von Töchtern der höheren Beamten im Postdienst nachgewiesen werden konnte. Daneben stehen Tausende Kriegsbeschädigte und Witwen, die gern in den Postdienst übernommen werden möchten. Das Material soll gesammelt und der Verbandsleitung zur weiteren Bearbeitung überwiesen werden. Eine neungliedrige Kommission aus allen Teilen des Reichs wurde beauftragt mit dem R. P. M. über diese Zustände und die Klagen über die Postkreiskrankenkassen zu verhandeln. — Für die Lohnempfänger steht eine Nachzahlung auf den geltenden Tarif ab 1. Juni in Aussicht. Der Tarif selbst ist zum 30. September gekündigt, und die neuen Forderungen für der Konferenz aufgestellt. In diesen Vertrag sollen die unteren und mittleren Helfer und Helferinnen einbezogen werden. — Für die Telegraphenarbeiter ist ein Vertrag zustande gekommen. Die Kollegen können solche Tarife in Broschürenform durch unser Büro beziehen. — Die Konferenz beauftragte die neugewählte Reichssektionsleitung, für die Postboten die Helferbezüge beim R. P. M. zu erwirken. Die Notlage der Unterbeamten kennzeichnete der Kollege Postschaffner Sherff-Essen. Auch hier soll der ganze Einfluß des Verbandes aufgeboten werden, um den Kollegen das Existenzminimum zu erkämpfen, und nicht wie es heute geschieht durch laufende Unterstützungen die von dem Unterbeamtenverband nachgesucht werden. Die große Zersplitterung unter dem Postpersonal allein ist schuld an den traurigen Verhältnissen. Deshalb stimmte die Konferenz dem Antrage des Vorstandes zu, der auf eine Zusammenfassung aller Organisationen im gesamten Verkehrsleben abzielt. Mit den Organisationen unter dem Postpersonal und dem Deutschen Eisenbahnerverband, sowie dem Verband der unteren Beamten sollen unverzüglich Verhandlungen in die Wege geleitet werden, damit die so dringend notwendige Einheitsfront zustande kommt. Treten alle Organisationen diesem Gedanken bei, dann ist ein Bollwerk von mehr 2 Millionen Arbeitern, Angestellten und Beamten geschaffen, das nicht nur in wirtschaftlichen, sondern in allen innen- und außenpolitischen Angelegenheiten das entscheidende Machtwort sprechen wird. Sollen die einzelnen Verbände, teile und herriche, nach dem die Reaktion seit Jahren aller physischen geistigen Arbeit über die des Kapitalismus zu setzen, dann müssen alle vorwärts strebenden Kräfte sich vereinigen, damit das gesteckte Ziel möglichst bald erreicht wird. Der Grundsatz teile und herriche, nach dem die Reaktion seit Jahren ihrem Ziele der Unterjochung aller Proletarier, zustrebte, muß vereitelt werden.

Die Wahlen für die Bezirks- und Zentralräte im gesamten Reichspostgebiet finden am 28. bis 30. August statt. Die freien Gewerkschaften und die Afa haben eine Verständigung erzielt und eine gemeinsame Liste aufgestellt, die mit Franz Großmann beginnt. Die freigewerkschaftliche Liste für den Bezirk beginnt mit Otto Riemer. Aufgabe aller fortschrittlich denkenden Kolleginnen und Kollegen muß es sein, nur diese Listen zu wählen auf denen Angestellte, Telegraphenarbeiter und Helfer vereinigt sind. Lehnt die Listen der gelben Verbände a la Valentin ab und damit auch die Zersplitterung unter dem Postpersonal. — Als Vorsitzender der Ortsgruppe Halle wurde Kollege Karl Galander bestätigt, und der Kollege Stäglich als Vertreter der Helferschaft in den Lebensmittelausschuß gewählt.

Nachdem noch auf die Konferenz der Telegraphenarbeiter am Sonntag, den 22. August, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus hingewiesen, erfolgte Schluß der Versammlung um 11 Uhr.

Tuberkulose-Fürsorge-Lehrgang. Zur Eröffnung des Lehrgangs findet ein Begrüßungsabend am 22. d. M., abends 7 Uhr im Saale der Reiche-Lehmann-Stiftung, Burgstraße 45, statt. Außer den besonders versandten Einladungen wird besonders die hallesche Aerztschaft gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen. Ueber Wesen und Wirken der Lungenfürsorge wird der Arzt des hiesigen Ortsvereins sprechen, für den unterhaltenden Teil haben ihre Mitwirkung Frau Dr. Röthe, Frau Kreisarzt Dr. Hillenberg und Herr Schriftsteller Oskar Werner gütigst zugesagt. Alle Vorträge des am Montag beginnenden Lehrganges finden im Auditorium IX der Universität statt.

Postpaketverkehr. Am 20. August wird der Postpaketverkehr mit dem Ausland annähernd im Umfange wie vor dem Kriege wieder aufgenommen. Nach einer Anzahl von Ländern kann die Weitergabe jedoch noch nicht zugelassen werden, weil im besetzten Rheingebiet Ueberwachungsstellen noch fehlen. Ueber alles weitere erteilen die Postanstalten Auskunft.

Fundbüro. In der Zeit vom 1. bis 15. August 1920 sind nachstehende Gegenstände als gefunden hier abgegeben worden: 2 Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Kinderschuh, 1 Paar Damenschuhe, 1 Handtasche mit Inhalt, 1 weißer Pompadour mit Inhalt, 1 Opernglas, 1 Klemmerfutteral, 1 Eisernes Kreuz, verschiedene Geldscheine, 1 seidener Gürtel, 2 Damenschirme, 1 Paket mit Kautabak, 1 Herrenfahrrad, 1 großer, älterer Hund, 1 Schäferhund, mehrere Schlüssel. Die unbekannten Eigentümer der bezeichneten Gegenstände werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb sechs Monaten im Polizeiverwaltungsbüro, Dreihauptstraße 4, Zimmer 100, geltend zu machen. Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben werden.

Lebensmüde. Gestern nachmittag versuchte eine Ehefrau sich im Mühlgraben unterhalb der Steinmühle zu ertränken. Sie konnte noch rechtzeitig von Fußgängern gerettet und der Polizeiwache zugeführt werden.

Ein Unhold. Auf den Pulverweiden wurde ein auswärtiger Reisender festgenommen, weil er durch unzüchtige Handlungen Aergernis gab und Schulmädchen zu unzüchtigen Handlungen angelockt hatte.

Bei einem Einbruch in der Schillerstraße in letzter Nacht wurden zwei Zentner Zucker und ein Zentner Haferflocken gestohlen.

3000 Mark Belohnung. Am 19. März 1920 ist der Gutsbesitzer Kurt Walther aus Kleinkugel in Canena, als er auf dem Fahrrade nach Halle fahren wollte, von bewaffneten Personen angehalten und nach dem Zechensaale der Grube Alwine gebracht worden. Walther ist aus dem Zechensaale von mehreren Leuten mit Waffen in der Richtung nach dem Lokomotivschuppen geführt und kurz darauf dort erschossen vorgefunden worden. Zur Ermittelung des Täters hat der Regierungspräsident in Merseburg eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt. Der Vater des Erschossenen, Gemeindevorsteher Franz Walther in Kleinkugel, hat sich bereit erklärt, die ausgesetzte Belohnung zu verdoppeln. Sachdienliche Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei, Dreihauptstraße 4, Zimmer 38, entgegen.

Hallischer Lehrerverein. Sonnabend, den 21. August, Kinderfest auf der Peißnitz. Beginn 3 Uhr.

Johann Strauß-Konzert. Auf vielseitigen Wunsch findet am Freitag, den 20. August, abends 8 Uhr, nochmals ein Elite-Konzert Johann Strauß unter Mitwirkung des Philharmonischen Orchesters in der Saalschloßbrauerei statt. (Siehe Inserat.)

Aus der Kleingartenbewegung.

Wie uns aus Leipzig mitgeteilt wird, veranstaltet der Landesverband von Garten- und Schrebervereinen für Sachsen, Thüringen, und Anhalt, der seinen Sitz in Leipzig hat, in Gemeinschaft mit dem Verband Leipziger Schrebervereine vom 18. bis 26. September im Leipziger Palmengarten eine großzügig angelegte Ausstellung im Kleingartenwesen, die der Oeffentlichkeit einen Ueberblick über die große Bedeutung des Kleingartens für Volkswirtschaft und Volkswohlfahrt neben und gleichzeitig den Kleingärtnern Belehrung bringen soll. Diese führt die Bezeichnung: „Garten und Kind".

Geschäftshaus
Auffallend billige Preise J. Lewin
in allen Abteilungen.
Unsere Schaufenster überzeugen Sie davon
Marktplatz 2 und 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775192008 19-11/fragment/page=0005

das Protektorat hat die Stadt Leipzig übernommen. Diesem Zwecke wird besonders eine große wissenschaftliche Abteilung dienen. Von den anderen Abteilungen seien hervorgehoben: die Gruppe von 50 Vereinen mit Gartenerzeugnissen auf 600 qm, die Gruppe des Bezirksobstbauvereins Leipzig mit anbauwürdigem Obst des mitteldeutschen Kreises, die Gruppe der Deutschen Dahliengesellschaft mit Neuheiten in der Dahlienzucht. Auch der Bienenzüchterverein wird vertreten sein und die Bedeutung der Bienen für die Befruchtung der Obstbäume beleuchten. An den Nachmittagen werden große Kindergruppen die für Leipzig bezeichnende Jugendpflege praktisch vorführen, während für die Abende Vorträge und gesellige Veranstaltungen geplant sind.

Von größeren Versammlungen sei auf die Mitteldeutsche Verbandstagung für Kleingärtner hingewiesen, die am Sonntag von 11 Uhr an stattfinden wird. Die Verbandsmitglieder erhalten ermäßigte Eintrittskarten zum Preise von 1.20 Mk. durch die Ausstellungsleitung. Es wird mit einem Besuche von mindestens 60 000 Personen gerechnet. Vorsitzender der Ausstellungsleitung ist der Verbandsschriftsteller K. Schilling, Paunsdorf bei Leipzig, Riesaer Str. 43.

Provinz und Umgegend.

Der Plan der „Orgesch" für den Regierungsbezirk Merseburg.

Aus den in Halle beschlagnahmten Papieren des, nach der Rechtsputschpresse „zu Unrecht" verhafteten Leutnants Eger, werden weitere Einzelheiten bekannt. Eines der vorgefundenen Schriftstücke berichtet über den „Fortschritt" der „Tätigkeit" in unserem Bezirk. In diesem wird mitgeteilt, daß hier die Werbungen und Bestrebungen der „Orgesch" lebhaften Anklang gefunden haben. Von einer Sitzung, die in Merseburg stattfand, wird in einem Schreiben mitgeteilt, daß in Halle der „Mitteldeutsche Treubund" gegründet wurde, und daß die früheren Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände ebenso wie der Landbund gewonnen sind. Es sind weiter eine größere Anzahl Namen von Personen angeführt, die anscheinend an dieser Sitzung teilgenommen haben. Unter anderem sind verzeichnet: Schuhmacher, Regierungsreferendar Kneisbeck, Rechtsanwalt Loebe (Naumburg), v. Herff (ein Sohn des verstorbenen früheren Geschäftsträgers in Rom), Dr. Fraentzel, Kaufmann Weise, v. Becker, cand. jur., Triebel, cand. med., und von Liebermann, Hauptmann a. D., sämtlich in Halle wohnhaft.

Ein anderes Schriftstück gibt Auskunft über eine am 20. April in Halle stattgehabte Sitzung der „Orgesch", und zwar haben nach den vorgefundenen Notizen folgende Personen daran teilgenommen: Professor Leutze, Kaufmann Weise, Kaufmann Ruhe, Student Trömmel, Schuhmacher, Bauer, Lutzendorf und Wittig, sämtlich aus Halle. Als Programmpunkte sind angegeben: 1. Vortrag über die Lage; 2. Gründung der Ortsgruppe Halle des Mitteldeutschen Treubundes.

Besonders interessant ist ein von dem Major Eckardt, dem Vorgesetzten des Leutnants Eger, eigenhändig unterzeichnetes Schriftstück vom 5. Mai, das an das 1. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 31 in Torgau gerichtet ist. In diesem Schriftstück werden Angaben über die Wiederaufstellung der Zeitfreiwilligenverbände und ihren Anschluß an die Reichswehr gemacht, zu einer Zeit also, wo, wie bekannt, durch Verordnung des Regierungskommissars die Zeitfreiwilligenverbände aufgelöst wurden und die Wiederaufstellung sowie jede listenmäßige Vorbereitung unter Strafe gestellt war.

Aus derselben Zeit stammt ein Schreiben des Landbundes der Provinz Sachsen an den Leutnant Eger, in welchem er zu einer Sitzung am 11. Mai, nachmittags 6 Uhr, im Landbundbureau eingeladen und als Zweck der Besprechung „die Organisation eines Landschutzes" angegeben wird.

Auf die weiteren Ergebnisse der Untersuchung kann man tatsächlich erpicht sein. Was mag noch alles aus dem Sumpf erstehen?

Zum Reichsjugendtag.

An die Teilnehmer der Weimarreise.

Unser Tag von Weimar rückt immer näher heran. Nur noch wenige Tage trennen uns von der Abfahrt. Ueberall wird eifrig zur Fahrt gerüstet. An die Jugend des Bezirks Merseburg ergeht nochmals die Aufforderung, sich recht zahlreich zu beteiligen. Darum werbt und agitiert noch in letzter Stunde eifrig. Sorgt dafür, daß möglichst alle Genossinnen und Genossen sich an dem Stellidschein der gesamten arbeitenden Jugend Deutschlands beteiligen.

Folgendes Programm ist aufgestellt:

Sonnabend, den 28. August: Vormittags 9 Uhr: Begrüßung im Nationaltheater durch den Verbandsvorsitzenden Heinrich Schulz und andere Redner; als Vertreter der Jugend sprechen: Max Westphal-Hamburg, E. Ollenhauer-Magdeburg, G. Spiegel-Stuttgart. Mittags und nachmittags: Besichtigung der Stadt, Führung durch die klassischen Erinnerungsstätten unter sachverständiger Leitung. Abends 7 Uhr: Goethe-Feier im Nationaltheater. Vortrag mit Lichtbildern über den jungen Goethe von Dr. Hans Wahl, Direktor des Goethe-Nationalmuseums; Rezitationen, Gesang, Geigenspiel durch hervorragende Künstler und Künstlerinnen. Sonntag, den 29. August: Morgens und vormittags: Spielfest im Tiefurter Park bei Weimar; Ansprache, Volksspiele, Wettstreit in Volkstänzen und Gesang. Mittags: Gemeinsamer Einmarsch in Weimar. Abends 7 Uhr: Festversammlung im Nationaltheater. Redner: Karl Bräger-Nürnberg über „Jugend und Bildung", W. Sollmann-Köln über „Die Jugend im neuen Deutschland", J. Schult-Hamburg über „Jugend und Sozialismus". Montag, den 30. August: Vormittags 9 Uhr: Reichskonferenz des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands im Volkshaussaal. An allen drei Tagen: Ausstellung von Material aus unser Bewegung im Volkshaussaal.

Die Abfahrt erfolgt Samstag, den 28. August, morgens 5.10 Uhr ab Hauptbahnhof Halle. Die einzelnen Vereine in den weiter südlich liegenden Orten schließen sich an den betreffenden Zug an. Ortsvereine, die keine Gelegenheit haben, diesen Zug zu erreichen, werden ersucht, am Freitag nach Halle zu fahren, woselbst für genügende Freiquartiere gesorgt ist.

Die Führung übernimmt der Ortsverein Halle a. S.

Ein zweiter Transport geht am Sonntag früh von Naumburg ab. Führung: Ortsverein Naumburg.

Rückfahrt erfolgt Sonntag abend.

Genossinnen und Genossen, die den Montag noch frei haben, können sich an einer gemeinsamen Wanderung beteiligen.

Führung: Ortsverein Halle a. S.

Rückfahrt erfolgt am Montag abend.

Kosten entstehen ab Halle: Fahrgeld 10 Mk. Uebernachten pro Nacht 1.50 bis 2.50 Mk. Mittagessen 1 Mk. Sonntag 3 Mk. Festbeitrag 5 Mk.

Uebernachtet wird in den von der Stadt Weimar zur Verfügung gestellten, im Walde gelegenen Häusern. Daselbst gibt es Morgenkaffee sowie Gelegenheit zum Abkochen.

Wünschenswert wäre es, wenn alles in Wanderkleidung und mit Rucksack erscheinen würde. Letzterer muß enthalten: Eßbesteck, Trinkbecher, Seife, Handtuch, Zahn-, Kleider- und Schuhbürste, Näheug und Schlafdecke. Wer im Besitze einer Hausapotheke ist, bringe dieselbe mit. Desgleichen sind vorhandene Musikinstrumente mitzubringen.

Vor allen Dingen, und das muß jeder mitbringen, ein fröhliches Herz und guten Humor.

Hoffentlich ist uns auch der Wettergott nicht gram, so daß wir recht frohe und heitere Stunden verleben werden. Genossinnen und Genossen aus Orten, in denen noch keine Ortsgruppen unseres Verbandes bestehen, sich aber an der Reise beteiligen wollen, werden ersucht, umgehend ihre Adresse sowie die Zahl der Tage an die unterzeichnete Adresse einzusenden, sie erhalten dann näheren Bescheid.

Jugendgenossinnen und -genossen! Rüstet zur Fahrt nach Weimar! Auch unser Bezirk muß dort stark vertreten sein. Stunden von unvergänglichem Werte werden es sein, die Ihr dort im Verein mit Euren Klassengefährten Deutschlands verleben werdet!

Und nun:

Frei Heil für Weimar!

Der Bezirksvorstand
i. A.: Willy Herzig, Halle a. S.,
Harz 42/44, Zimmer 12.

An die Eltern unserer Arbeiter-Jugend.

In den Tagen vom 28. bis 30. August hält die gesamte Arbeiter-Jugend Deutschlands in Weimar ihren ersten Reichsjugendtag ab. Zu Tausenden werden unsere jungen Burschen und Mädel aus allen Gauen zusammenkommen um einige frohe Stunden bei Spiel und Gesang zu verleben. Wir richten uns nun ganz besonders an die Eltern unserer Jugend. Schickt Eure Jungens und Mädels mit nach Weimar! Helft Ihnen zu dieser Freude! Unter sachgemäßer Führung wird die Fahrt von den einzelnen Orten ausgehen. Die Kosten sind äußerst niedrig gehalten. Unterstützt unsere Jugendgenossinnen und -genossen, gebt ihnen einen kleinen finanziellen Zuschuß, denkt daran, daß die Kindheit unserer Jugend unter dem Banne des grauenvollen Krieges trübe und trostlos war!

Jetzt ist Gelegenheit gegeben an der Jugend wieder etwas gut zu machen. Darum helft alle mit, unterstützt uns in unserer Arbeit und schickt Eure Burschen und Mädels mit nach Weimar!

Der Bezirksvorstand der Arbeiter-Jugend.

Personalakten über Betriebsräte.

Das Informationsbüro des Bergarbeiter-Verbandes meldet: In letzter Zeit haben eine Reihe von Werksbesitzern versucht, Personalakten über Betriebsräte anzulegen. Von den Betriebsräten über Grund und Zweck dieser Anlegung befragt, wurde ihnen von den Direktionen geantwortet, dies geschehe auf Grund einer Verordnung des Reichsarbeitsministers. Wenn unsere Betriebsräte jedoch Einsicht nehmen wollten in diese sonderbare Verordnung, wurde ihnen erwidert, diese sei zurückgezogen oder weitergegeben worden. Daraus ergab sich begreiflicher Weise die Unwahrscheinlichkeit der ganzen Handlungsweise und wir wandten uns um Aufklärung an den Reichsarbeitsminister.

Von diesem geht uns nunmehr unter dem 13. August 1920 folgende Antwort zu:

„Eine Verordnung des von Ihnen angeführten Inhaltes ist hier nicht ergangen."

Wir geben dieses den Betriebsräten bekannt, damit sie in vorkommenden Fällen ihre Werksleitungen auf das unzulässige ihres Vorgehens aufmerksam machen können.

Vielleicht verraten die Werksherren nunmehr, welchen Zwecken die Feststellung über die Persönlichkeiten der Betriebsräte dienen sollen. Man muß wohl schon besondere Gründe haben, wenn man sich hinter den Reichsarbeitsminister versteckt. Es scheint eine ganz besondere Bewandnis mit diesen Personalakten zu haben.

Den Betriebsräten empfehlen wir Vorsicht. — Die Anlegung solcher Akten ist unzulässig!

Rednerkursus Merseburg!

Die Unterrichtsabende unseres Rednerkursus finden jeden Freitag von ½8—10 Uhr im „Gasthof zu den drei Schwänen" statt. Meldungen werden noch von dem Genossen Paul Bauer, Annenstraße (Parteisekretariat), entgegengenommen.

Das Gefangenenlager in Gardelegen.

Die Zustände in dem russischen Kriegsgefangenenlager Gardelegen, in welchem sich noch etwa 3500—4000 Russen befinden, sowie die täglich zunehmende Belästigung der Gardelegener Bevölkerung haben, wie die P. P. N. erfahren, den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen veranlaßt, die Wachtkompagnie des Lagers durch eine Hundertschaft der Magdeburger Sicherheitspolizei zu verstärken.

Provinz Sachsen, Anhalt und Braunschweig in der Volkszählung 1910.

Seit der Volkszählung 1910 ruhte die Statistik auf diesem Felde; der Krieg verbot und verhinderte Neuaufnahmen der Bevölkerung. Erst am 8. Oktober 1919 erfolgte wieder eine große allgemeine Zählung. Ihre Ergebnisse liegen jetzt ziemlich vollständig vor. Die Aufnahme der Bevölkerung selbst ist freilich wenig vollständig gewesen. Gewisse Teile der besetzten Gebiete wurden, wie wir schon seinerzeit bei einer zusammenfassenden Darstellung ausführten, nicht genau erfaßt. Vor allem aber fehlen noch die Zahlen der erst später zurückgekehrten Kriegsgefangenen. Insofern also würde eine künftige Volkszählung erst ein wahrheitsgetreues Bild bringen können.

Die jetzt vorliegenden Ermittlungen geben für die Provinz Sachsen 3 066 644 Einwohner (1910: 3 082 275), für Anhalt 326 236 (331 128), für Braunschweig 476 446 (494 339) Bewohner. Die Verschiebungen sind also nicht sehr wesentlich. Der Stand von 1910 dürfte unter Hinzurechnung der Gefangenen immer noch etwas überhöhen sein.

Der größte Regierungsbezirk in der Provinz ist an der Einwohnerzahl gemessen Merseburg mit 1 320 515 Seelen (1 309 510), dann folgen Magdeburg mit 1 226 168 (1 248 990) und Erfurt mit 539 961 (550 775). Die Verschiebung zugunsten des Südens der Provinz ist auffällig. Unter den Landkreisen ist der größte Calbe, wie bisher mit jetzt 106 825 Bewohnern, der kleinste aber Ziegenrück mit 18 367 Seelen. Der Unterschied ist gewiß beträchtlich und nur durch die räumlichen Verhältnisse zu erklären. Die größte Stadt der Provinz ist natürlich Magdeburg mit 279 547, es folgt Halle mit 180 376, dann Erfurt mit 127 811 Seelen. In weiten Abstande sind zu nennen Halberstadt 45 278, Mühlhausen i. Th. 34 122, Weißenfels 33 237, Nordhausen 33 031, Zeitz 32 369, Stendal 28 684, Naumburg 27 613, Aschersleben 27 402, Quedlinburg 24 421 Bewohner. Eisleben hatte 22 790, Burg 22 333 Einwohner, Quedlinburg und Eisleben haben also heute nicht mehr seine 25 000 Personen, die eigentlich zum Stadtkreise, den sie bilden, nötig sind. Wittenberg, dessen Stadtkreisbildung angeregt war, hatte 1919 nur 21 524, Merseburg 21 809 Seelen, doch ist bei beiden Städten die industrielle Umgebung so bedeutend, daß nach entsprechenden Eingemeindungen weit größere Stadtgebilde entstehen würden. Das würde wohl auch für Schönebeck (18 398) und Bitterfeld (16 431) zutreffen. Bemerkenswert ist übrigens gerade bei den zahlreichen Mittelstädten der Provinz die seit dem Kriege erfolgte Rangverschiebung.

Im Lande Anhalt zählten Dessau 56 361, Bernburg 32 236, Köthen 22 698, Zerbst 17 574, in Braunschweig die Landeshauptstadt selber 139 119, Wolfenbüttel 17 855, Helmstedt 16 132 Bewohner.

Atzendorf. Eine „Feldschlacht". Wie allerorts, so sind auch in Atzendorf die Felddiebstähle an der Tagesordnung, nur mit dem Unterschiede, daß hier nicht gestohlen, sondern geräubert wird, denn bei erfolgreichen Haussuchungen kommt Diebesgut fuhrenweise zutage. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag kam in hiesiger, an der Magdeburg-Leipziger Straße gelegener Feldmark ein regelrechtes Feuergefecht zustande, wobei zwischen Flurschützen und einer 20 Mann starken Diebesbande 35—40 Schuß gewechselt wurden. Da sie nach Einstellung des Feuers verschwunden waren, konnte leider keiner gestellt werden.

Großthiemig. Mietwucher und Wohnungsnot. Dem Wohnungsausschuß der Gemeindevertretung bietet sich in unserem Ort ein reiches Feld der Betätigung, denn der Wucher blüht auf dem abgegrasten Wohnungsmarkte üppig. Einzelne besonders prachtvolle Blüten seien hier angeführt: Ein vor kurzem nach hier zugezogenes Ehepaar zahlt für eine Wohnung, die bisher 150 M. kostete, 500 M. Für eine andere Behausung galt bisher ein Mietszins von 100 M., jetzt 400 M. Den Vogel schießt aber unzweifelhaft ein Hauswirt ab, der die Mite einer Wohnung von 75 M. auf 400 M. steigerte. Wo bleibt hier die einschreitende Behörde? Und wo bleibt die Steuerbehörde, um den Wertzuwachs entsprechend wegzusteuern? Aber auch die Schieberei ist hier auf dem Gebiete des Wohnungsmarktes anzutreffen. So hat ein Grundbesitzer, der in seinem Hause (Gastwirtschaft) Sommerfrischler beherbergen kann, bei einem anderen Hausbesitzer eine Wohnung gemietet, damit derselbe nicht an die „ersten Besten" zu vermieten braucht. So ist nun die Wohnung von dem Gastwirt gemietet, aber nicht bewohnt. Im Gegensatz dazu findet ein junges Ehepaar kein eigenes Heim, denn alle Bemühungen in dieser Hinsicht blieben ohne Erfolg. Die Möbel dieser Leute stehen unter freiem Himmel, trotzdem sie vom Wohnungsausschuß die oben genannte Wohnung zugesprochen bekamen. Es nutzte eben alles nichts, die Hausagrarier machen was sie wollen. Es sind wahrhaftig traurige Zustände hier in Großthiemig, der Gemeinde, in welcher wir leider noch in der Gemeindevertretung die Minderheit bilden. Unsere Genossen müssen in dieser Beziehung für eine völlige Umänderung sorgen, unsere Kampfinstrumente, die Parteiorganisation stärken und Leser für die Volksstimme werben.

Helbra. Vom Zuge erfaßt. Von einem schweren Unglücksfall berichtet die „Sangerhäuser Ztg.": Auf seinem Weg zur Arbeit wurde der schwerhörige Bergmann Patenopa von hier gestern mittag von der Bergwerkshahn der Mansfeldischen Gewerkschaft überfahren. P. hat das Herannahen der Maschine überhört, ihm ist außer Verletzungen am Kopf das rechte Bein abgefahren. Wann wird sich die Gewerkschaft bemühen, an den verkehrsreichen Uebergang der Chausee, wo Hunderte von Menschen bei jeder Schicht den Ueberweg der Hauptgleise vor dem Ernstschacht passieren, mit einer Schranke zu versehen? Manches Unglück konnte an dieser Stelle verhindert sein. Abhilfe wird immer erst geschaffen, wenn Menschenleben auf dem Spiel standen! Auch dieser Mann wird seine Schwierigkeiten mit der Unfallversicherung bekommen, da das Unglück noch vor Beginn per Arbeitszeit erfolgte.

Eisleben. Mord? Am 5. August d. J. wurde in der Eisleber Flur unter einer abgelegenen Brücke im Wasserlauf ein Paket mit verschiedenen guterhaltenen Männerkleidungsstücken gefunden. Das Paket war mit Steinen verdeckt bezw. beschwert und enthielt 1 braunkariertes Jackett, 1 blaue Cheviothose, 77 Ztm. Schrittlänge, 1 graue Weste, 1 schwarzweißkarierte Mütze, 1 Paar schwarze Schnürschuhe, 1 weißes Hemd. In den Kleidertaschen befanden sich eine angebrochene Dose Schuhcreme, 1 kleine Schuhputzbürste, 2 Stück Toilettesseife, 1 weißes Taschentuch mit blauer Umrandung und 4 Stück Zigarren. Das Paket muß schon längere Zeit an der Stelle gelegen haben, da der Inhalt Stockflecke aufwies und das Packpapier bereits zerfetzt war. Die Eigenart der Verborgenhaltung der Sachen und der in den Kleidungsstücken zurückgelassenen Gegenstände läßt die Vermutung zu, daß sie von einem Mord herrühren. Falls irgendwelche Tatsachen bekannt sind oder bekannt werden sollten, die zur Aufklärung der Sache führen können, wird um Mitteilung an die hiesige Kriminalabteilung gebeten.

Dessau. Der Anilinfarbendiebstahl aufgeklärt. Durch Ergreifung der Täter und Herbeischaffung der gestohlenen Farben im Werte von 60 000 M. hat der Diebstahl seine Aufklärung gefunden. Als Täter wurden mehrere Arbeiter aus Dessau sowie einer aus Jeßnitz verhaftet, bei welchem die Farben vergraben vorgefunden wurden.

Delitzsch

Die Ausgabe der Brennspiritusbezugsmarken

an Minderbemittelte für August erfolgt **Freitag, den 20. d. M., vorm. 8—12 Uhr,** im Lebensmittelamt.

Delitzsch, den 16. August 1920.

Der Magistrat.

Weißenfels

Kondensmilch-Verkauf an Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte.

Wir beabsichtigen an Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte Kondens. Milch abzugeben. Die Bezugsscheine hierfür können gegen Vorlegung der Renten-Stammkarte am **Freitag, den 20. August,** in der Zeit von 7—12 Uhr in der Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte — Große Burgstraße 22 von den Bezugsscheinberechtigten in Empfang genommen werden.

Der Preis für 1 Dose beträgt 5 Mk.

Der Einkauf kann gegen Abgabe des Bezugsscheins (rot) in nachstehenden Geschäften bewirkt werden:

Krause, Jüdenstraße, **Hoffack,** Jüdenstraße, **Konsum,** Schillerstraße, **Hußtein,** Leipzigerstr. und **Wwe. Reichardt,** Saalstraße.

Weißenfels, den 18. August 1920.

Der Magistrat.

Stellen finden.

Einen durchaus selbständigen älteren

Werkzeugmacher,

der auch mit der Herrichtung von Pittler-Werkzeugen vertraut ist, sucht

Städt. Arbeitsamt,
Fachabtl. für das Metallgewerbe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200819-11/fragment/page=0006